

**Ein  
anderes  
DORTMUND  
ist möglich.**



**Sozial.  
Ökologisch.  
Solidarisch.**

**DIE LINKE. Dortmund**  
Kommunalwahlprogramm 2020

**Ein anderes Dortmund ist möglich.  
Sozial. Ökologisch. Solidarisch.**



**DIE LINKE.**

Kreisverband Dortmund

Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund

Telefon: 0231 / 222 1116

E-Mail: [info@dielinke-dortmund.de](mailto:info@dielinke-dortmund.de)

V. i. S. d. P. Christian Seyda, Kreissprecher

**Mehr Informationen:**

Homepage: [www.dielinke-dortmund.de](http://www.dielinke-dortmund.de)

Facebook: <https://www.facebook.com>

Twitter: <https://twitter.com>



## Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
Die sozial-ökologische Wende ist alternativlos	
<b>1. Finanzen</b>	<b>7</b>
Gerechte Finanzpolitik - solidarische Kommunalwirtschaft	
<b>2. Soziales</b>	<b>10</b>
Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen	
<b>2.1. Enthinderung</b>	<b>14</b>
Volle Teilhabe an der Gesellschaft ist ein Menschenrecht	
<b>3. Wohnen</b>	<b>17</b>
Menschenwürdiges Wohnen für alle!	
<b>4. Klima und Umwelt</b>	<b>22</b>
<b>4.1. Umwelt</b>	<b>22</b>
Klimakatastrophe verhindern, Klimagerechtigkeit schaffen	
<b>4.2. Ökologie und Artenvielfalt</b>	<b>26</b>
Stabilität unserer Ökosysteme erhalten	
<b>4.3. Energie</b>	<b>29</b>
Energie muss bezahlbar und umweltfreundlich sein	
<b>5. Verkehr und Mobilität</b>	<b>31</b>
Mobilität ist ein öffentliches Gut	
<b>6. Arbeit</b>	<b>37</b>
Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungspolitik sein	
<b>7. Kinder, Jugend und Schule</b>	<b>41</b>
Kostenlose gute Bildung für alle – schon ab Kleinkindalter	
<b>8. Gesundheit</b>	<b>45</b>
Für eine gesunde und soziale Stadt	
<b>9. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit</b>	<b>49</b>
Gleichberechtigung funktioniert noch nicht	
<b>10. Antifaschismus</b>	<b>50</b>
Nein zu Faschismus, Rassismus, Rechtspopulismus	



<b>11. Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität</b>	<b>54</b>
Für ein Leben ohne Diskriminierung	
<b>12. Frieden</b>	<b>56</b>
Für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander	
<b>13. Kultur, Sport und Freizeit</b>	<b>57</b>
Kultur und Sport für alle!	
<b>14. Demokratie und Transparenz</b>	<b>59</b>
Mehr Informationen und Entscheidungsmöglichkeiten für die Einwohner*innen	
<b>15. Digitalisierung</b>	<b>61</b>
Chancen der Digitalisierung nutzen – Datensouveränität gewährleisten	
<b>16. Schlusswort</b>	<b>63</b>
Sozial auch nach der Wahl: DIE LINKE hat ihre Versprechen gehalten	
<b>Index</b>	<b>67</b>



## Vorwort

### Die sozial-ökologische Wende ist alternativlos

*„Dortmund ist eine sozial gespaltene Stadt, deren Sozialräume miteinander kaum noch im Austausch stehen.“* So beurteilte der aus Dortmund stammende Sozialwissenschaftler und Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge schon vor Jahren die Situation in der Stadt. Der neue Sozialbericht der Stadtverwaltung unterstreicht diese Einschätzung. Rund 130.000 Menschen sind vom Bezug von Sozialleistungen wie Hartz IV, Grundsicherung im Alter oder Wohngeld abhängig. Rund 100.000 Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor. Eine immer reichere Oberschicht steht einer schrumpfenden Mittelschicht und einer verarmten Unterschicht gegenüber.

Wachsende soziale Ungleichheit und soziale Not sind für alle spürbar und erlebbar, die mit offenen Augen in der Stadt unterwegs sind. Es herrscht Wohnungsnot in der Stadt, und die Obdachlosigkeit nimmt drastisch zu. Dies sind Folgen des Kapitalismus, wo Wohnen eine Quelle privaten Profits insbesondere großer Immobiliengesellschaften ist.

Gleichzeitig wird auch Dortmund von den Auswirkungen der Klimakatastrophe bedroht. Dürrejahre scheinen der Regelfall zu werden, Stürme im Herbst und Frühjahr richten große Schäden an, Hitzewellen bedrohen die Gesundheit von Menschen. Der Natur droht ein umfassender Umbau mit dem Aussterben zahlreicher Tier- und Pflanzenarten auch hier in Dortmund.

Soziales und Umweltpolitik gehören zusammen. Deshalb fordert **DIE LINKE** die sozial-ökologische Wende. Menschen mit geringen Einkommen leben in den klimatisch ungünstigen, emissionsbelasteten und gesundheitlich unzuträglichen Teilen der Stadt. Es gilt auch: Wer Schwierigkeiten hat, seine Ernährung zu sichern, hat nicht die Möglichkeit, teure, aber ökologische Lebensmittel aus dem Bioladen zu kaufen. Wer nicht weiß, wie die nächste Monatsmiete bezahlt werden soll, der hat nicht die Mittel, in Energiesparmaßnahmen zu investieren. Wer jeden Tag zur Arbeit pendeln muss, der braucht bessere Angebote im öffentlichen Personennahverkehr, aber sicher keine neuen Verbrauchssteuern, die das verfügbare Einkommen weiter reduzieren.

Gerechtigkeit ist in einer kapitalistischen Grundordnung nicht umzusetzen. Wenn unendliches wirtschaftliches Wachstum in einer endlichen Welt zur Religion erhoben wird und die soziale Realität genauso ausgeblendet wird wie die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, dann ist es Zeit für einen Wechsel.

Die Möglichkeiten linker Kommunalpolitik sind sehr begrenzt. Die Grenzen sind häufig durch die kapitalistisch geprägten Rahmenbedingungen gesetzt, die sich auf kom-

municipaler Ebene nicht grundlegend ändern lassen. Dazu gehört die chronische Unterfinanzierung der Kommunen.

Dennoch will **DIE LINKE** auch auf der kommunalen Ebene gegen die Fehlentwicklungen des Wirtschaftssystems kämpfen, um so vielen Menschen wie möglich ihr Leben zu erleichtern. Die Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehört zu den allgemeinpolitischen Zielen der **LINKEN**.

**DIE LINKE** hat sich im Jahr 2007 gegründet und nimmt an Wahlen teil, um all denen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden. Gesellschaftlicher Fortschritt, wie **DIE LINKE** ihn versteht, wird auf nationaler Ebene bis hinunter auf die lokale Ebene nur erreichbar sein, wenn es gelingt, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, aktiv für ihre Interessen zu kämpfen. **DIE LINKE** wird daran mitwirken, solche Kämpfe zu initiieren und zu unterstützen. Daher ist der **LINKEN** die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen, mit Bürgerinitiativen, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Elterninitiativen, Umweltgruppen, Friedensinitiativen und anderen Gruppen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation besonders wichtig.

**DIE LINKE** setzt sich ein für die Stärkung der Jugend. Sie fördert Freiräume für die Jugend, in denen sich Mündigkeit, Solidarität und soziale Kompetenz entwickeln können. Die individuelle Entwicklung von Jugendlichen steht vor Profit und Kapitalinteressen. Für **DIE LINKE** ist klar: Eine starke Jugend ist unsere Zukunft.

Denn **DIE LINKE** strebt danach, schon jetzt so weit wie möglich, den Zielen einer solidarischen Gesellschaft entsprechend zu leben – und das in der Überzeugung: Ein anderes Dortmund ist möglich, eine andere Welt ist möglich. Diese andere Welt soll „keine Ware“ mehr sein.

**DIE LINKE** stellt sich in die Tradition der weltweiten Bewegung für den Sozialismus, die für das Zusammenleben freier Individuen in einer solidarischen Gemeinschaft kämpft.

Für **DIE LINKE** ist Demokratie ein unverzichtbares Wesenselement des Sozialismus. Eine wirkliche Demokratie und Kapitalismus sind unvereinbar.

Deshalb bedeutet Sozialismus für **DIE LINKE**, dass die Banken und Konzerne sowie alle Betriebe der Daseinsvorsorge in Gemeineigentum überführt und der demokratischen Kontrolle von Beschäftigten und Verbraucher\*innen unterworfen werden. Die Funktionsträger\*innen in Wirtschaft und Politik müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen keine Privilegien erhalten.

# 1. Finanzen

## Gerechte Finanzpolitik - solidarische Kommunalwirtschaft

Wer Demokratie will, muss die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden verteidigen. Sie ist zwar im Grundgesetz verankert, doch die Städte werden finanziell ausgehungert. Bundes- und Landesgesetze drücken ihnen immer neue Aufgaben auf, ohne für ausreichende Finanzmittel zu sorgen. Das Konnexitätsgebot – „wer bestellt, muss auch bezahlen“ – wird systematisch ausgehöhlt.

Die Stadt Dortmund lief seit vielen Jahren Gefahr, ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zu verlieren und ihre Selbstverwaltung an die Aufsichtsbehörde abzutreten. Jahr für Jahr blieben die städtischen Einnahmen hinter den Ausgaben zurück. Erst seit zwei Jahren nähert sich die Stadt dem Haushaltsausgleich an – dies vor allem wegen der von der Ratslinken frühzeitig geforderten Gewerbesteuererhöhung. Diese fand nach mehreren Jahren eine Mehrheit und bescherte der Stadt nun eine Rekordeinnahme bei der Gewerbesteuer für Dortmund auch durch das gegenwärtige Konjunkturhoch. Doch dieses Konjunkturhoch wird nicht ewig anhalten – das nächste konjunkturelle Wellental ist bereits erkennbar.

Die Folgen dieser Situation: Notwendige kommunale Leistungen für die Bürger werden gekürzt. Seit Jahren schleppt die Stadt einen Investitionsstau bei öffentlichen Gebäuden oder Schulen mit sich herum. Öffentliches Eigentum wird mehr und mehr privatisiert. Dadurch schmälert die Stadt ihre Finanzbasis noch weiter. Gleichzeitig belaufen sich die Schulden der Stadt Dortmund inzwischen auf rund 2,6 Milliarden Euro (Haushaltsplan 2020). Nimmt man die Schulden der kommunalen Unternehmen hinzu, summiert sich die Verschuldung Dortmunds auf satte 4,4 Milliarden Euro (Gesamtabschluss 2015, veröffentlicht in 2018). Jede\*r Einwohner\*in in Dortmund ist damit rechnerisch mit einer öffentlichen Schuldenlast von rund 7.200 Euro belastet. Dortmund wird diesen Schuldenberg nie mehr aus eigener Kraft tilgen können.

Mitschuldig an dieser Abwärtsspirale ist aber auch die absurde Ideologie des „Standortwettbewerbs“ von Kommunen gegeneinander: Die Dortmunder Oberschicht hat den Ehrgeiz, mit abenteuerlichen Protzbauten andere Kommunen ausstechen zu wollen. Ohne die laufenden Defizite des Konzerthauses, des Flughafens, des U-Turms, des Fußballmuseums (zusammen ca. 40 Millionen Euro jährlich), ohne die Zinsverpflichtungen an Banken und Investoren, die mit kreditähnlichen Geschäften bedient werden (ca. 60 Millionen Euro jährlich) und ohne die Gewinnabflüsse aus der Energie- und Wasserversorgung an einen privaten Minderheitsanteilseigner (ca. 20 Millionen Euro jährlich) wäre der Stadthaushalt längst in der Schuldentilgung.

**DIE LINKE** sagt ganz klar: Dieser ruinöse Kreislauf muss schnellstens gestoppt werden.



Die Hauptverantwortung für den Notstand der Städte liegt auf Bundes- und Landesebene – im sozial ungerechten Steuersystem, das die Kosten des Gemeinwesens einseitig den Arbeitnehmer\*innen und kleinen Gewerbetreibenden aufbürdet und die Reichen verschont.

**DIE LINKE** fordert: Die Stadt Dortmund muss sich energischer als bisher öffentlich einsetzen für

- die strikte Einhaltung des Grundsatzes „wer bestellt, zahlt auch“ (Konnexitätsprinzip),
- einen Schuldenschnitt – Land und Bund müssen Dortmund entschulden. Bei Anstieg der Zinsen fordert **DIE LINKE** die Umsetzung eines Schuldenmoratoriums,
- die Erhebung einer progressiven Vermögensteuer,
- die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Entlastung der unteren Einkommen bei der Einkommensteuer und indirekten Steuern,
- die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Einkommens- und Umsatzsteuer,
- die Ausnahme kommunaler Betriebe von der Unternehmensbesteuerung,
- die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer,
- eine Ausweitung des kommunalen Steuerschöpfungsrechts.

Aber die Stadt kann auch selbst einiges tun, um ihre Einnahmen und Ausgaben gerechter zu verteilen.

**DIE LINKE** steht für

- die Beendigung des interkommunalen Dumpingwettbewerbs um die niedrigsten Gemeindesteuern und -abgaben,
- die Angleichung der Gewerbesteuerhebesätze in vergleichbaren Städten.

**DIE LINKE** steht für

- die Überwindung des mörderischen „Standortwettbewerbs“ um Investoren und Gewerbeansiedlungen,
- eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden auf Augenhöhe.

**DIE LINKE** sagt klar:

- Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ist sofort zu stoppen.
- Bereits privatisierte Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge sind wieder in öffentliches Eigentum zurückzuführen (Rekommunalisierung).

**DIE LINKE** fordert: Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Planungen und Dienstleistungen an private Investoren. „PPP-Modelle“ (public-private-partnership) werden nach Druck durch die **Linksfraktion** zwar nicht mehr durchgeführt, aber immer noch

gibt es sogenannte Investorenmodelle (zum Beispiel beim Bau von Kitas). Sobald die Betreuungsquote bei den Kitas erfüllt ist, sollte auch diese Variante kreditähnlicher Geschäfte eingestellt werden.

**DIE LINKE** fordert die Beendigung und ein Verbot aller Spekulationsgeschäfte der Stadtkämmerei mit städtischen Schulden (z.B. Zinsderivate).

**DIE LINKE** steht für mehr Einnahmen durch Erhebung kommunaler Steuern und Abgaben, die die Normal- und Geringverdiener nicht belasten (z.B. auf Waffenbesitz, Mobilfunkmasten oder Glücksspiel), statt der bisherigen Kürzungspolitik.

**DIE LINKE** will die wirtschaftliche Betätigung der städtischen Betriebe sichern und ausbauen, Investitionen in die Infrastruktur ausweiten.

**DIE LINKE** fordert, Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) abzuschaffen und damit die Anwohner\*innen zu entlasten. Zur Gegenfinanzierung muss vom Land ein Ausgleichsbetrag in gleicher Höhe gezahlt werden.

**DIE LINKE** fordert die Beendigung indirekter Unternehmenssubventionierung durch das Überangebot an Büro- und Gewerbeflächen.

**DIE LINKE** steht für eine höhere Abschöpfung von Wertzuwächsen bei der Neuausweisung von Bauland. Bevorzugt soll Bauland aber in städtischer Hand gehalten werden und entweder in Eigenregie bebaut werden oder in Erbpacht an Bauherren gehen.

**DIE LINKE** steht für die Einführung eines „Bürgerhaushalts“: Die Stadt organisiert eine breite Bürgerbeteiligung an der kommunalen Investitionsplanung als ersten Schritt dahin. Sobald wie möglich muss der gesamte städtische Haushalt in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden. Das Beteiligungsverfahren muss sozial benachteiligte Gruppen einbeziehen. Bisherige Versuche, die Bürger\*innen in die Haushaltsberatungen einzubeziehen, sind durch Missbrauchsversuche durch Neonazis unterlaufen worden. Auch war die Werbung der Stadt nicht ausreichend, um hinreichendes Interesse bei demokratisch orientierten Bürger\*innen zu wecken. Es gibt aber (auch international) genügend Beispiele, dass Bürgerhaushalte funktionieren können, wenn man es richtig anstellt.

### **Kommunale Betriebe**

Die kommunalen Betriebe sind eine wichtige Säule der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Menschen in Dortmund. So wird der öffentliche Nahverkehr bei den Stadtwerken, gutes und preisgünstiges Wohnen bei DOGEWO, die Entsorgung von Abfall bei der EDG oder die wichtigste Gesundheitseinrichtung der Stadt mit dem größten kommunalen Krankenhaus in Deutschland organisiert. Die Versorgung mit Strom, Gas, Nahwärme oder Trinkwasser wird über die kommunale DEW21 sichergestellt. Und mit der Sparkasse Dortmund befindet sich eine Bank in Dortmunder Besitz, die sich

nicht an unseriösen Zockergeschäften und Spekulationen beteiligt. **DIE LINKE** steht zur öffentlichen Daseinsvorsorge und den kommunalen Betrieben in Dortmund. Defizitäre Leistungen, die aber wichtig sind für die Menschen, werden über den Querverbund subventioniert. Ohne die Gewinne aus den Energiebeteiligungen wäre ein guter öffentlicher Nahverkehr kaum denkbar.

**DIE LINKE** fordert: Schluss mit dem Abwälzen der Verluste des Flughafens auf andere städtische Betriebe und damit indirekt auf alle Dortmunder\*innen.

**DIE LINKE** fordert: Auch in den kommunalen Betrieben müssen die Mitarbeiter\*innen nach Tarif bezahlt werden. Dabei darf es keine Ausnahmen geben.

**DIE LINKE** will DEW21 wieder vollständig in die kommunale Hand bekommen und die Zusammenarbeit mit dem Klimakiller RWE beenden.

## 2. Soziales

### Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen

In Dortmund zeichnet sich eine bittere Geografie der Arbeitslosigkeit und Armut ab. 23,9 Prozent der Dortmunder\*innen sind von Armut bedroht. Somit hat Dortmund die zweithöchste Armutsgefährdungsquote deutschlandweit – nach Duisburg. Hier gilt das Sprichwort: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, welche Chancen du hast.“ Hinzuzufügen ist: „Bist du behindert, alt oder chronisch krank, stehst du oft vor unüberwindbaren Barrieren.“

Ende 2018 hat die Stadt Dortmund nach elf Jahren wieder einen Bericht zur sozialen Lage veröffentlicht. Für eine der größten Städte in NRW mit einer dauerhaft hohen Armuts- und Arbeitslosenrate ist dieser lange Zeitraum zur Erstellung eines Sozialberichtes ein Trauerspiel.

Im Vorwort dieses Berichtes ist u.a. zu lesen: *„Der Sozialbericht ist (...) die zentrale Grundlage zur zielgenauen Bekämpfung sozialer Ungleichheit.“*

Soziale Benachteiligung, Armut und Ausgrenzung sind seit vielen Jahren in Dortmund feststellbar. Man braucht nur aufmerksam – mit offenen Augen – durch die Innenstadt oder verschiedene Stadtteile zu gehen. Dort sieht man Menschen, die Flaschen sammeln müssen, betteln gehen oder in langen Schlangen an den Tafeln

anstehen. Auch bezahlbare Mobilität ist für viele Menschen nicht möglich. Das Sozialticket ist viel zu teuer.

Aber jetzt haben wir einen Bericht auf 172 Seiten – mit Zahlen und Fakten!

Der amtliche Aktionsplan „Soziale Stadt“, der die Lebensbedingungen in 13 besonders von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffenen Stadtteilen verbessern sollte, hat die benachteiligten Sozialräume kaum entlastet, weil er chronisch unterfinanziert ist und vor allem auf unentgeltliches ehrenamtliches Engagement der Bürger\*innen setzt. Es bestehen gezieltere Handlungsnotwendigkeiten.

### **Soziale, solidarische Stadt**

Dortmund ist eine an Familien und Kindern, an Migrant\*innen und Senior\*innen bevölkerungsreiche Stadt. **DIE LINKE** sagt klar: In einer sozialen Stadt müssen sich alle Menschen wohl und zu Hause fühlen können. Eine soziale, solidarische Stadt kümmert sich um jeden und beteiligt alle am öffentlichen Leben. Eine soziale, solidarische Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie mit einkommensarmen Menschen umgeht.

Für **DIE LINKE** steht fest: Eine soziale, solidarische Stadt Dortmund setzt sich für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen und Beschäftigung ein und bekämpft so Arbeitslosigkeit und Armut. Eine soziale, solidarische Stadt Dortmund bietet bedarfsgerechte, barrierefreie und integrative Sozialeinrichtungen für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen.

### **Soziale Initiativen fördern**

Armut hat viele Gesichter. Die schlimmsten Gesichter sind: Hunger – Wohnungslosigkeit – soziales Abseits – Diskriminierung - Drogenabhängigkeit. „Die im Dunklen sieht man nicht“.

Die um sich greifende Armut stellt ein eklatantes Politikversagen dar. **DIE LINKE** sagt klar: Es ist nicht die Aufgabe von Tafeln, Suppenküchen und Sozialkaufhäusern, Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen. **DIE LINKE** unterstützt diese Initiativen und schätzt deren Engagement als Form der Nothilfe. Aber in erster Linie sind a) eine städtische Beschäftigungsförderungspolitik und b) politische Entscheidungen zur Bekämpfung von Hunger und Obdachlosigkeit erforderlich. Und zwar hier und jetzt.

Drogenabhängigkeit ist ein soziales Problem: **DIE LINKE** fordert den Ausbau von Druck-Räumen, Drogenberatungsstellen sowie die Verpflegung von drogenabhängigen Obdachlosen. Gerade diese Gruppe der Bedürftigen braucht öffentlich zugängliche Toiletten und Duschen. **DIE LINKE** fordert eine kontrollierte Diamorphinabgabe zur Eindämmung der Beschaffungskriminalität. Drogenabhängige brauchen nicht mehr Kontrollen, sondern ein System, das ihnen Alternativen aufzeigt und den Teufelskreis zur Kriminalisierung durchbricht.

## **Armut und Arbeitslosigkeit**

Hauptursache der Armut ist Arbeitslosigkeit (s. auch Kapitel 6. Arbeit). Über 31.000 Dortmunder Männer und Frauen waren im Oktober 2019 arbeitslos. 7.000 davon erhielten Arbeitslosengeld I; der Großteil jedoch war langzeitarbeitslos. Werden noch die Menschen berücksichtigt, die zum Teil in Maßnahmen „geparkt“ oder angeblich zu alt für eine Vermittlung sind und deshalb in der Arbeitslosenquote nicht auftauchen, waren es insgesamt über 44.000 Menschen, die als „unterbeschäftigt“ galten.

Die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen verletzt die Menschenwürde und kann in einem Teufelskreis sozialer Probleme münden. Dazu gehört die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen für den Lebensunterhalt. Über 100.000 Menschen leben in Dortmund von Transferleistungen. Das ist jede\*r Sechste! Darunter sind erschreckend viele Kinder, rund 25.000. Sie beziehen über ihre Eltern Sozialgeld. Hinzu kommen noch fast 12.000 Menschen, die auf Grundsicherung im Alter (Sozialhilfe) nach SGB XII angewiesen sind. Und etwa 3.000 Empfänger\*innen erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Stand 2017).

## **Nein zu „1-Euro-Jobs“!**

Für Langzeitarbeitslose werden in Dortmund sogenannte Arbeitsgelegenheiten in Form von „1-Euro-Jobs“ vorgehalten – und zwar in öffentlichen und sozialen Diensten, in Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, in der Schulbetreuung, bei der Hausaufgabenhilfe, in Begleit- und Präsenzdiensten im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Das sind gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten und Beschäftigungen, für die es aber keinen angemessenen Lohn gibt und die nicht zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führen. Auf Antrag der **LINKEN** wurde im Nordstadtkonzept des Rates die Umwandlung aller „1-Euro-Jobs“ in der Nordstadt in sozialversicherungspflichtige Stellen beschlossen. Die Umsetzung des Beschlusses lässt auf sich warten.

**DIE LINKE** lehnt diese „1-Euro-Jobs“ ab. Sie fordert die Umwandlung der vorhandenen und der geplanten Arbeitsgelegenheiten in „reguläre und sozialversicherungspflichtige Arbeit und Beschäftigung und Einhaltung des Tariftreuegesetzes“ zu einem Stundenlohn von mindestens 12 Euro. **DIE LINKE** fordert die Umsetzung des Ratsbeschlusses für die Nordstadt und seine Ausweitung auf ganz Dortmund.

**DIE LINKE** setzt sich ein für eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik.

**DIE LINKE** fordert, dass Sanktionen und Leistungskürzungen vollständig abgeschafft werden.

**DIE LINKE** sagt, dass Strom- und Gassperren menschenunwürdig sind und fordert, sie ausnahmslos zu untersagen. Es ist nicht einzusehen und auch nicht sozial gerecht, dass gerade die Ärmsten von der Energieversorgung ausgeschlossen werden.

Die Stadt Dortmund ist zu verpflichten, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Forderungen übernimmt.

**DIE LINKE** fordert, dass der Dortmund-Pass auch den verbilligten Zugang zu allen Dortmunder Schwimmbädern beinhaltet. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sollte der Eintritt in alle Bäder frei sein. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind im Hartz-IV-Regelsatz monatlich nur 4,26 bis 6,52 Euro für die Teilnahme an Sport- und Kulturveranstaltungen vorgesehen.

### **In der Gemeinschaft in Würde altern**

Gut 120.000 Rentner\*innen in Dortmund sind älter als 65 Jahre; über 36.000 sind sogar älter als 80 Jahre. Im Alter steigt die Gefahr der Armut und damit der sozialen Ausgrenzung. Fast jede zweite gesetzliche Altersrente in Deutschland (48 Prozent) liegt unter 800 Euro im Monat. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung aus dem Jahr 2018 auf eine Anfrage der **LINKEN** im Bundestag hervor. In Dortmund sind 6,7 Prozent der Menschen im Transferleistungsbezug Rentner\*innen.

Für Rentner\*innen – nicht nur für die armen – sind soziale Kontakte lebensnotwendig. Soziale Isolation und Vereinsamung machen ebenso krank wie Armut. **DIE LINKE** sagt klar: Ältere Menschen bereichern wie Kinder das Leben. Eine soziale, solidarische Stadt ist eine Stadt, in der sich Menschen aller Generationen begegnen können.

Dem Alter gerecht zu werden, verlangt ein breites Spektrum von Garantien zur Selbstbestimmung, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Hierzu gehört auch die Möglichkeit von alternativen Wohnformen wie beispielsweise Senior\*innen-WGs oder Mehrgenerationenhäuser. **DIE LINKE** setzt sich für diese alternativen Wohnformen ein.

**DIE LINKE** sagt klar: Es ist ein existenzielles Recht älterer und hochbetagter Menschen, ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Anerkennung führen zu können. Dazu ist eine Mindestrente von 1.050 Euro notwendig.

**DIE LINKE** sagt klar: Nein zur Altersdiskriminierung – Ja zum Reichtum des Alters an Erfahrung, Kompetenz, Ideenreichtum.

Pflegebedürftigkeit ist eine äußerst belastende Lebenssituation. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, aber auch Pflegekräfte brauchen Entlastung, Unterstützung und Zuspruch. Besondere Unterstützung und Hilfe brauchen Demenzzranke. Die Leistungen der Pflegeversicherung reichen nicht aus, die Kosten einer ambulanten oder stationären Pflege zu tragen. Pflegebedürftigkeit ist und bleibt ein Armutsrisiko.

**DIE LINKE** sagt klar: Senior\*innen ist eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, in Kultur, Politik, Umwelt, Sport, Soziales und Freizeit zu gewährleisten.

**DIE LINKE** setzt sich ein für ein bedarfs-, flächen- und qualitätsgerechtes Angebot an sozialen und pflegerischen Hilfen im Alter.

**DIE LINKE** fordert eine deutlich verbesserte personelle und finanzielle Ausstattung der Altenpflege.

**DIE LINKE** setzt sich ein für eine wirksame Kontrolle in Heimen und der häuslichen Pflege zur Sicherung verbindlicher Standards in der Altenpflege.

**DIE LINKE** fordert den Aufbau einer kommunalen Heimpflege und der häuslichen Pflege.

**DIE LINKE** fordert den Aufbau kommunaler und fußläufig erreichbarer Pflegestützpunkte zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und Angehörigen.

**DIE LINKE** fordert den Ausbau der kommunalen Seniorenbüros und der die Pflegebedürftigen und ihre Familien aufsuchenden sozialen Pflegebegleitung und -beratung.

**DIE LINKE** sagt klar: Im Pflegedienst darf nur Fachpersonal zu Tariflöhnen eingesetzt werden.

**DIE LINKE** setzt sich für die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ein.

### **Stadt der Teilhabe**

Die soziale Stadt als „Stadt der Teilhabe“ kann nur durch eine Mitbestimmung im direkten Umfeld, durch Stadtteilversammlungen, durch echte Bürger\*innen-Beteiligungen und durch Berücksichtigung der Bürger\*innen-Wünsche auf Verwaltungsebene erfolgen. Der Bekanntheitsgrad von sozialen Hilfen durch die öffentliche Hand muss erhöht werden.

**DIE LINKE** fordert, die politische Teilhabe für alle Bürger\*innen zu vereinfachen und zu ermöglichen. Eine lebendige Kommune kann nur durch die Beteiligung der Bürger\*innen an den jeweiligen Prozessen möglich werden.

## **2.1. Enthinderung**

### **Volle Teilhabe an der Gesellschaft ist ein Menschenrecht**

Behinderung ist ein soziales, kein medizinisches Konstrukt! Viele unserer Mitbürger\*innen sind zwar behindert, vor allem aber *werden* sie behindert – nicht nur wegen der oft fehlenden Barrierefreiheit.

**DIE LINKE** versteht Inklusion so, wie es Prof. Dr. Christoph Butterwegge in einem Zeitungsartikel formulierte: *„Wenn man Inklusion nicht nur als pädagogisches Prin-*



*zip, sondern – in sehr viel umfassenderem Sinne – als ein gesellschaftspolitisches Leitbild begreift, muss ein inklusiver Wohlfahrtsstaat, der eine gleichberechtigte Partizipation **ALLER** am gesellschaftlichen Reichtum wie am sozialen, politischen und kulturellem Leben ermöglicht, das Ziel sein.“*

Dieser Prozess ist in Dortmund bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2009 sind längst nicht vollständig umgesetzt

Behinderte und chronisch kranke Menschen stehen immer noch vor unüberwindbaren Barrieren. Das fängt im Alltag und Beruf an und reicht von öffentlichen Schulen über Verwaltungen bis hin zum Wohnungsmarkt. Der ÖPNV ist behindertenfeindlich. Kindertagesstätten und Schulen sind oft nicht behindertengerecht und barrierefrei nutzbar.

Teilhabe und gleichberechtigte Gestaltung an der Gesellschaft ist ein Menschenrecht. **DIE LINKE** kämpft deshalb für das Recht **aller** Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Damit sind nicht nur sogenannte behinderte Menschen gemeint. Von erheblichen und anhaltenden Beeinträchtigungen – und damit ungleichen Lebenschancen – ist auch die wachsende Gruppe von älteren Menschen betroffen.

### **Zustandsbeschreibung Dortmund**

Eines der prominentesten, eindrucklichsten Gebäude-Beispiele ist die Stadt- und Landesbibliothek mit dem umgebenden Kopfsteinpflaster, welches nicht nur für mobilitätseingeschränkte Menschen schwierig zu begehen ist.

Viele öffentliche Gebäude sind inzwischen barrierefrei. Für viele Arztpraxen, Restaurants, Kultureinrichtungen, Geschäfte usw. gilt das nicht. Gerade Toiletten sind oft nur über Treppen zu erreichen.

Nicht aus allen Stadtteilen Dortmunds kommt man mit dem ÖPNV barrierefrei in das Stadtzentrum.

### **Forderungen:**

Inklusion setzt Barrierefreiheit voraus. **DIE LINKE** fordert: Ab sofort keine neuen Barrieren errichten! Bestehende Barrieren jeglicher Art in allen Lebensbereichen müssen energisch abgebaut werden, auch unter Anwendung von spürbaren Sanktionen bei Zuwiderhandlung.

**DIE LINKE** setzt sich ein für barrierefreie und integrative Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen, öffentliche und private Unternehmen.

**DIE LINKE** fordert eine unabhängige zentrale Beratungsstelle für behinderte und chronisch kranke Menschen. Diese soll auch eine Rechtsberatung umfassen.



**DIE LINKE** fordert eine Behindertenvertretung in der Stadt, die ein Vetorecht gegen behindertenfeindliche Projekte erhält.

**DIE LINKE** verlangt die Schaffung von öffentlich gefördertem barrierefreien Wohnraum mit guter Anbindung an den ÖPNV und alle in Frage kommenden Versorgungseinrichtungen.

**DIE LINKE** setzt sich ein für den Abbau von Heimstrukturen, in denen behinderte oder alte Menschen in Isolation leben. Eine Alternative ist der Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser.

Bis der komplett barrierefreie ÖPNV umgesetzt ist, schlägt **DIE LINKE** den Einsatz von Kundenbetreuer\*innen, so wie die DSW21 sie in Bussen einsetzt, verstärkt auch in U- und Straßenbahnen vor.

**DIE LINKE** fordert mehr Behindertenparkplätze, denn der technische Fortschritt ermöglicht der betroffenen Personengruppe mehr Mobilität durch barrierefrei umgebaute Fahrzeuge.

**DIE LINKE** verlangt mehr öffentliche Behindertentoiletten.

**DIE LINKE** setzt sich ein für den vermehrten Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher\*innen auf öffentlichen Veranstaltungen.

**DIE LINKE** fordert:

- Schulungen für Mitarbeiter\*innen zur Bewusstseinsbildung im Sinne des Artikels 8 der UN-Behindertenrechtskonvention,
- Schulungen für Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum „Persönlichen Budget“, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können,
- bei Bedarf Herausgabe von Schriftstücken der Verwaltung auch in Brailleschrift und leichter oder einfacher Sprache, damit alle Bürger\*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können.

Der Behindertenfahrdienst muss erhalten und ausgebaut werden. Die Begrenzung der Anzahl der Freifahrten muss aufgehoben werden.

**DIE LINKE** will, dass Informations- und Kommunikationsdienste, insbesondere Notdienste, barrierefrei genutzt werden können.

**DIE LINKE** fordert umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen).

Die Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen im öffentlichen Raum müssen ausgebaut werden.

**DIE LINKE** fordert: Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen – etwa das Catering für Schulen – müssen anerkannte Inklusionsbetriebe verstärkt berücksichtigt werden.

## Arbeitsmarkt

Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und die Unterstützung bei der Arbeitssuche sind Aufgaben der Kommunen und ihrer Zweckverbände, der Landschaftsverbände. Einrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen die dort Tätigen auf reguläre Beschäftigung vorbereiten.

**DIE LINKE** will verhindern, dass sie auf Dauer als billige Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden. Auch Menschen mit Behinderung müssen einen Mindestlohn erhalten.

## Schulsystem / Inklusion

Das gegliederte Schulsystem (siehe auch Kapitel 7) verhindert eine konsequente Inklusion. Kinder im Alter von zehn Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen, widerspricht dem Konzept der Inklusion.

Immer noch sind viele Menschen mit Behinderungen ausgesondert: Sie lernen in Förderschulen, arbeiten in speziellen Werkstätten, reisen in Behindertengruppen oder werden in Heimen untergebracht. Das ist diskriminierend für die Betroffenen und eine verpasste Chance für die gesamte Gesellschaft.

# 3. Wohnen

## Menschenwürdiges Wohnen für alle!

Bereits im Kommunalwahlprogramm 2014 warnte **DIE LINKE**: Dortmund steuert auf eine Wohnungsnot vor allem für Menschen mit geringem Einkommen zu. Rund 571.000 Einwohner\*innen lebten Ende 2014 in Dortmund. Dortmund wächst. Ende 2018 beziffert die Stadt die Hauptwohnbevölkerung auf 602.566 Personen, die auf insgesamt 317.307 Haushalte verteilt sind. Davon sind ca. 217.000 Wohnungen im Mehrgeschossbau vermietet. Über drei Viertel der Haushalte werden von einer (49 Prozent) bzw. zwei (28 Prozent) Personen bewohnt.

Jetzt zeigt sich: Die düstere Prognose hat sich leider bestätigt. Vor allem einkommensschwache Haushalte werden durch die steigenden Kosten für Grundmiete und Nebenkosten immer mehr belastet und geben über 30 Prozent ihres monatlich zur Verfügung stehenden Geldes für ein Dach über dem Kopf aus. Zwischen 2010 und 2018 stiegen die Angebotsmieten für Wohnungen zwischen 60 und 80 Quadratme-

tern um 31 Prozent, für kleine Wohnungen bis 40 Quadratmeter stiegen sie in den letzten Jahren sogar um 50 Prozent. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Bezieher\*innen von Sozialleistungen, Rentner\*innen und Student\*innen finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum.

**DIE LINKE** fordert bezahlbaren Wohnraum für alle, denn Wohnen ist Menschenrecht!

Wohnen bedeutet mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Eine bezahlbare Wohnung, die die Gesundheit der Bewohner\*innen etwa durch Schimmel, verbaute schädliche Stoffe oder mangelhafte Isolierung nicht gefährdet, sollte für alle Einwohner\*innen eine Selbstverständlichkeit sein.

**DIE LINKE** fordert eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Einwohner\*innen unserer Stadt orientiert. Menschenwürdiges Wohnen ist nur in einer gesunden Umgebung möglich, in der die Bewohner\*innen nicht durch Schadstoffe gesundheitlich belastet sind, Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr sowie Zugang zu öffentlichen Einrichtungen haben und ihre sozialen Kontakte in lebenswerten Quartieren pflegen können.

Die Wohnungspolitik wird dem seit Jahren nicht gerecht. Statt dem absehbaren Wegfall zigtausender Wohnungen mit Sozialbindung gegenzusteuern, setzte man seit den 1980er-Jahren auf den freien Markt. Kommunale Wohnungsbestände wurden privatisiert. Bezahlbarer Wohnraum sowie Grund und Boden fielen in die Hände von Finanzinvestoren oder Immobilienkonzernen wie VONOVIA, LEG oder VivaWest. Gab es im Jahr 2000 noch rund 53.000 sozial geförderte Wohnungen in Dortmund, so waren es 2012 nur noch etwa 28.000 Wohnungen. Bis Ende 2018 ist der Bestand weiter geschrumpft auf knapp über 22.000 Wohnungen. In den kommenden zehn Jahren werden weitere 7.000 Wohnungen aus der Förderung fallen.

**DIE LINKE** sagt: Bund, Land und Kommunen haben einen Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum zu gewährleisten, der sich am realen Bedarf orientiert. Dazu müssen jährlich mindestens 1,2 Milliarden Euro in die soziale Wohnraumförderung fließen. Allein in NRW müssen jährlich 100.000 Sozialwohnungen bereitgestellt werden. Neu gebaute Wohnungen müssen dauerhaft belegungs- und preisgebunden bleiben. Laut aktuellem Dortmunder Wohnungsmarktbericht entstanden 2017 mit Hilfe der Landesmittel nur 267 neue Mietwohnungen; 2018 waren es gerade einmal 189 Wohnungen. Dabei braucht Dortmund jedes Jahr mindestens 3.000 neue Wohnungen.

Private Wohnungsunternehmen bewirtschaften ihre Immobilien vor allem mit dem Ziel, die Gesellschafter\*innen und Anleger\*innen mit hohen Renditen zufriedenzustellen. Für die Mieter\*innen hat die Strategie der Profitmaximierung spürbare Folgen. In wenig Gewinn abwerfenden Immobilien werden oft nicht einmal die notwendigen Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Die Folgen dieser

Strategie sah man im September 2017 auf dramatische Weise, als der Dorstfelder Hannibal-Komplex aufgrund von Sicherheitsmängeln geräumt wurde und 800 Mieter\*innen mit einem Schlag ihre Bleibe verloren.

Die lokale Presse berichtet regelmäßig von unzumutbaren Zuständen in Wohnungen der LEG, VONOVIA und anderer Unternehmen / Investoren. Auf der anderen Seite führen ihre Modernisierungsmaßnahmen oft zu massiven Mieterhöhungen, die sich viele und oft langjährige Bewohner\*innen nicht leisten können. Undurchsichtige und überhöhte Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen sind ein weiteres Geschäftsmodell dieser „Wohnungsheuschrecken“.

**DIE LINKE** sagt: Notwendige Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, dass Bewohner\*innen die Mieten nicht mehr tragen können, aus ihrem gewohnten Lebensumfeld verdrängt werden oder Gefahr laufen, wohnungs- oder sogar obdachlos zu werden. Die kommunale Wohnungsaufsicht muss entschiedener gegen Verwahrlosung, aber auch gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum (z.B. durch die dauerhafte private oder gewerbliche Vermietung über Plattformen wie „Airbnb“) vorgehen. Bei der Berechnung des kommunalen Mietspiegels sind alle Bestandsmieten zu berücksichtigen.

Der wohnungspolitische Gestaltungsspielraum der Kommunen ist begrenzt, aber durchaus vorhanden. In Dortmund konnte **DIE LINKE** für neue Bebauungspläne der Stadt einen Anteil an Wohnungen mit sozialer Bindung von 25 Prozent durchsetzen. 2018 wurden endlich auch unsere Forderungen nach dem Bau von kommunalen Wohnungen („Gemeindewohnungen“) aufgegriffen. Doch weitere und intensivere Anstrengungen sind notwendig, um vorhandenen *bezahlbaren* Wohnraum in unserer Stadt zu erhalten und neuen zu schaffen. Was das Pro-Kopf-Einkommen anbelangt, rangiert Dortmund im NRW-Vergleich auf den hinteren Plätzen. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor. Die Unterbeschäftigungsquote, also der Anteil derjenigen Personen, die unfreiwillig weniger als die „normale“ Arbeitszeit beruflich tätig sind, liegt bei über 20 Prozent. Über 14 Prozent der Dortmunder Haushalte sind ver- bzw. überschuldet – bundesweit liegt die Quote bei 10 Prozent. Menschen mit negativer SCHUFA-Auskunft haben auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt kaum eine Chance. Rund die Hälfte aller Dortmunder\*innen hat Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein. Das Wohnungsamt verzeichnet von Jahr zu Jahr eine wachsende Anzahl Wohnungssuchender; mittlerweile sind es über 2.000 Haushalte. Immer mehr Menschen suchen Hilfe, weil sie von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind. Dortmund zählt aktuell rund 1.400 Wohnungslose, die keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Die Schätzung der Zahl der Obdachlosen ist schwierig. Die Angaben der Stadt – 400 Personen – dürfte die Zahl deutlich unterschätzen. Vermutlich sind es wenigstens doppelt so viele Betroffene.

**DIE LINKE** sagt: Um für eine nachhaltige Verbesserung des Wohnungsmarktes im niedrigeren Preissegment zu sorgen, muss die Stadt mehr in den kommunalen Woh-

nungsbau investieren. Jährlich müssen wenigstens 1.000 „Gemeindewohnungen“ gebaut werden. Insgesamt ist die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik verstärkt auf eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft auszurichten.

**DIE LINKE** fordert grundsätzlich: Der Ankauf von Grundstücken und Wohnraum durch Immobilienkonzerne und Finanzinvestoren muss gestoppt werden. Bodenspekulation ist zu verhindern. Vorhandenes städtisches Bauland darf für neue Wohnungsbauvorhaben nur noch nach dem Erbbaurecht und zu Bedingungen vergeben werden, die dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenwirken. Die DOGE-WO, genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sowie andere Träger, die sich nachhaltig dem sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau verpflichten, sind zu auf diesem Weg zu stärken.

**DIE LINKE** sagt: Die Rechte von Mieter\*innen müssen gestärkt werden; Mieterinitiativen muss ein Verbandsklagerecht eingeräumt werden. Die Bestimmungen für Eigenbedarfskündigungen sind im Interesse der Mieter\*innen zu verschärfen. Für Beziehende\*innen von Sozialleistungen muss eine kostenlose Beratung und Unterstützung bei Mietrechtsfragen gewährleistet werden.

**DIE LINKE** bleibt dabei: Private Wohnungsbestände sind, wann immer möglich, zu kommunalisieren und als modernisierte, barrierefreie Gemeindewohnungen mit unbegrenzter sozialer Bindungen dem bezahlbaren Wohnungsmarktsegment verfügbar zu machen. Durch den Erlass von Milieuschutzsatzungen sind von „Gentrifizierung“ bedrohte Stadtviertel zu schützen, um eine Verdrängung der dort wohnenden und finanziell schwächer gestellten Dortmunder\*innen zu verhindern.

**DIE LINKE** setzt sich weiterhin für eine Enteignung bzw. Vergesellschaftung des Grund- und Wohnungsbesitzes von Gesellschaften ein, die ihrer Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinwohl nicht nachkommen. Unternehmen, die ihre Mieter\*innen in unzumutbaren, die Gesundheit gefährdenden Verhältnissen leben lassen, ohne rechtzeitig Abhilfe zu schaffen, während sie gleichzeitig durch profitorientierte „Modernisierungsmaßnahmen“ dafür sorgen, dass immer mehr Wohnraum nicht mehr bezahlbar ist und langjährige Mieter\*innen durch die Mieterhöhungen verdrängt werden, haben auf dem Wohnungsmarkt nichts zu suchen.

**DIE LINKE** tritt für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein, die nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes NRW von anliegenden Eigentümer\*innen erhoben werden, wenn kommunale Straßen erneuert oder verbessert werden. Nicht selten werden Menschen, die hart für den Erwerb von Wohneigentum gearbeitet und gespart haben und über viele Jahre durch die Tilgung ihrer Kredite an den Grenzen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten leben, durch die Beiträge in unzumutbarer Weise finanziell belastet. Die entfallenden Einnahmen der Kommunen sind aus dem Landeshaushalt dauerhaft, in ausreichender Weise und zweckgebunden durch entsprechende Zuweisungen auszugleichen.

**DIE LINKE** will gesichert wissen: Die Vergabe von Sozialwohnungen vor allem im unteren Preissegment muss transparent erfolgen und hat benachteiligte Personengruppen in besonderer Weise zu berücksichtigen. Empfänger\*innen von Sozialleistungen nach SGB, Geringverdiener, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, verschuldete Haushalte und andere benachteiligte Menschen brauchen besondere Unterstützung, um keine Angst vor Wohnungslosigkeit oder schlimmstenfalls Obdachlosigkeit haben zu müssen.

**DIE LINKE** sagt: Bezieher\*innen von Sozialleistungen dürfen durch Mieterhöhungen nicht aus ihrem Wohnraum verdrängt werden. Die Leistungen für die Kosten der Unterkunft sind in ausreichender Weise an die Mietentwicklungen anzupassen.

**DIE LINKE** hat in Dortmund durchgesetzt, dass die Angemessenheitsgrenzen der Unterkunftskosten auf der Grundlage der *Angebotsmieten* bemessen werden. Die Mieten werden jährlich neu evaluiert und die Leistungen angepasst. Dadurch ist die Zahl der Zwangsumzüge verringert worden.

**DIE LINKE** fordert: Für das gesamte Stadtgebiet ist ein Baulückenkataster zu erstellen. Erfreulicherweise ist die Stadt dem Antrag der Fraktion **DIE LINKE** gefolgt, für Dortmund-Huckarde als Modellversuch ein Baulückenkataster einzuführen. Ziel eines solchen Katasters ist es, Flächen für Wohnungsbau zu ermitteln, ohne Freiflächen in Anspruch zu nehmen, die für den Naturschutz wichtig sind. Die so ermittelten Flächen müssen vorrangig sozialen Wohnungsbauvorhaben zur Verfügung gestellt werden.

Eine solidarische Stadtgemeinschaft lebt von Begegnung und Zusammenleben. Wer eine solidarische Stadtgemeinschaft wünscht, muss sich für eine Stadtentwicklungspolitik einsetzen, die das gewährleistet. Eine soziale, auf die Bedürfnisse der Stadtbewohner\*innen zugeschnittene kommunale Wohnungspolitik, die der Ausgrenzung entgegenwirkt, ist daher unabdingbar.

Wer soziale Wohnungspolitik will, wählt deshalb am 13. September **DIE LINKE**.

## 4. Klima und Umwelt

### 4.1. Umwelt

#### Klimakatastrophe verhindern, Klimagerechtigkeit schaffen

Der Klimawandel bedroht die Zivilisation, so wie wir sie kennen, in ihren Grundfesten. Uns bleiben nur noch wenige Jahre, um eine Kettenreaktion im Klimasystem der Erde abzuwenden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Produzenten von Treibhausgasen mitmachen. Dazu gehört auch die Stadt Dortmund.

**DIE LINKE** hat den Gedanken der Umweltgerechtigkeit in die Beobachtungssysteme des Regionalverbandes Ruhr eingebracht. Meist sind die Umweltbelastungen dort besonders hoch, wo Menschen mit niedrigen Einkommen wohnen.

Dies will **DIE LINKE** ändern und alle Menschen vor Umweltbelastungen schützen. In den nächsten Jahren hat daher die Erstellung des Regionalplans Ruhr eine große Bedeutung auch für Dortmund. Bereits im Landschaftsplan für Dortmund konnte **DIE LINKE** viele wichtige Punkte in der Flächenpolitik der Stadt verankern. In diesem Sinne will sich **DIE LINKE** auch in der kommenden Wahlperiode weiter für den Erhalt von Freiräumen, für saubere Luft, sauberes für alle Menschen verfügbares Trinkwasser und eine von Lärm frei gehaltene Umgebung einsetzen.

#### Klimaziele bisher nicht erreicht

Dortmund hat seine Klimaziele bisher nicht erreicht. Dabei sind die verschiedenen Bereiche wichtig: Wärme, Stromerzeugung und -verbrauch, der Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und private Haushalte tragen alle zum Klimawandel bei. Doch dürfen wir bei allen Bemühungen auch die soziale Ausgewogenheit von Maßnahmen nicht vergessen. **DIE LINKE** fordert daher eine sozialökologische Wende in Deutschland und auch in Dortmund.

**DIE LINKE** fordert die Ausrufung des Klimanotstandes. Die Situation ist ernst und dies muss auch anerkannt werden. Der Klimawandel muss entschieden bekämpft werden.

**DIE LINKE** will in Dortmund mehr Waldgebiete entwickeln, vorhandene Wälder schützen und aufforsten. Wälder speichern sehr viel CO<sub>2</sub>. Dabei sollen diese möglichst naturnah sein, denn naturnahe Wälder sind nicht nur artenreicher, sondern auch widerstandsfähiger gegenüber Dürren und Krankheiten als bloße Baumplantagen zur Holzgewinnung. **DIE LINKE** fordert: Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten von Flora und Fauna gehen!



**DIE LINKE** sieht eine längst überfällige Verkehrswende als große Möglichkeit, viele Treibhausgase einzusparen.

**DIE LINKE** lehnt die einseitige Verteuerung von Verbrauchsgütern ab. Regeln müssen für alle gelten. Es darf nicht über den Geldbeutel entschieden werden, wer sich klimaschädlich verhalten darf und wer nicht. Der ökologische Fußabdruck der Besserverdienenden ist um ein Mehrfaches größer als der von Geringverdienenden. Daher braucht es mehr Verbindlichkeit als eine kapitalistische Anreizpolitik durch höhere Preise. Es braucht daher von allen zu berücksichtigende klimafreundliche Regelungen.

### **Anpassungen an die Folgen des Klimawandels**

Der Klimawandel hat das vermehrte Auftreten von Extremwetterereignissen zur Folge. Schwere Stürme, Dürreperioden, Hitzewellen, Starkregenereignisse und Überschwemmungen treten immer häufiger auf. Darauf muss sich die Stadt einstellen.

**DIE LINKE** will eine stetige Überprüfung der klimatischen Auswirkungen der städtischen Raumplanung. Starkregen darf nicht zu vollgelaufenen Kellern führen, sondern muss in Regenwasserauffangbecken und Überflutungsflächen geleitet werden und zwecks Auffüllung des Grundwassers über einen längeren Zeitraum versickern können.

**DIE LINKE** will, dass das konzentrische Freiraummodell zur Frischluftversorgung der Stadt nicht ständig durch immer neue Baumaßnahmen unterlaufen wird.

**DIE LINKE** will Freiflächen erhalten und stellt sich gegen die immer weitere Versiegelung durch Gewerbegebiete, Parkraum und sonstige Baumaßnahmen. Wo immer möglich, sollen versiegelte Gebiete wieder geöffnet werden.

**DIE LINKE** will Gründächer als Standard bei Neubauten. Gründächer speichern Wasser und können das Ausmaß eines Starkregenereignisses mildern. Außerdem kühlen sie durch die Verdunstung des gespeicherten Wassers die Umgebung.

**DIE LINKE** will Hitzeinseln vermeiden und die Grünflächen mit ihrer kühlenden Wirkung vor Bebauungsansprüchen schützen.

**DIE LINKE** fordert: Bei der Abschätzung von umwelt- und klimaschädlichen Folgen sollen nicht nur die Einflüsse auf Dortmund, sondern die Gesamtbilanz beachtet werden.

### **Freiräume erhalten und schaffen**

Dortmund ist eine Großstadt mit hohem Grünflächenanteil. Das ist gut so.

**DIE LINKE** fordert, dass das so bleibt. Deshalb soll der Flächenfraß für motorisierten Individualverkehr, Wohneigentum und Gewerbe sofort und dauerhaft auf Null reduziert werden. Das ist ohne Nachteile für die Stadtentwicklung möglich, denn der



Niedergang der alten Industrien hat viele Industriebrachen hinterlassen. **DIE LINKE** fordert, dass diese Flächen saniert und neuer Nutzung zugeführt werden. Dazu sind nach dem Verursacherprinzip die ehemaligen Nutzer heranzuziehen.

Neubauten müssen stadttökologischen und kleinklimatischen Anforderungen genügen, die in der Bauleitplanung festzuschreiben sind.

**DIE LINKE** ist gegen die Privatisierung öffentlicher Parkanlagen und innerstädtischer Freiflächen wie des Fredenbaumparks oder des Westparks. Die Bewirtschaftung der Parks soll von einem neu zu gründenden Grünflächenamt der Stadt durchgeführt werden. Die innerstädtischen Parks erfüllen wichtige Funktionen für die Freizeitgestaltung, aber auch für die Klimaanpassung und den Artenschutz.

### **Stadtentwicklung**

**DIE LINKE** will die Chancen der großen Stadtentwicklungsprojekte in der kommenden Wahlperiode nutzen. Die Internationale Gartenausstellung und das Projekt der Entwicklung eines neuen Quartiers für Forschung und Wohnen auf der ehemaligen Fläche von Hoesch Spundwand und Profile (HSP) haben sowohl Risiken als auch Potenziale. Die Neuansiedlung der Fachhochschule wird das Quartier prägen und auf die Umgebung ausstrahlen.

**DIE LINKE** fordert: Auf der Fläche von HSP soll Wohnen und Wissenschaft Hand in Hand gehen. Dabei ist die 25-Prozent Regelung für den sozialen Wohnungsbau einzuhalten.

**DIE LINKE** will keine weiteren Logistikflächen auf der HSP-Fläche zulassen. Dortmund hat ausreichende Kapazitäten im Bereich Logistik geschaffen. **DIE LINKE** sieht hier den Endausbauzustand erreicht.

**DIE LINKE** erwartet eine konsequente Durchgrünung des neuen Quartiers auf der HSP-Fläche.

**DIE LINKE** fordert: Die Altstandorte der Fachhochschule sind für den Wohnungsbau mit Sozialbindung zu sichern.

**DIE LINKE** will die Internationale Gartenausstellung nutzen, um neue Wegeverbindungen vor allem für den Rad- und Fußverkehr zu entwickeln. Insbesondere eine direkte Radverbindung zwischen Huckarde und der Nordstadt gilt für **DIE LINKE** als gesetzt.

**DIE LINKE** sagt: Kein interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Groppenbruch.

**DIE LINKE** fordert: Keine Gewerbegebiete auf dem Buddenacker und im Landschaftsschutzgebiet südlich von Asseln und Wickede.

**DIE LINKE** fordert: Keine weitere Bebauung des Grünzuges am Steinsweg in Dortmund-Oespel.

### **Entsorgung: Schöner ohne Müll**

**DIE LINKE** will die Angebote zur Abfallbeseitigung ausweiten – wenn die öffentlichen Mülleimer ständig überfüllt sind, dann stimmen Größe und Leerungsintervall nicht mit den Bedürfnissen der Nutzer überein. Verschmutzungen im öffentlichen Raum müssen, einmal eingetreten, schnell beseitigt werden.

**DIE LINKE** will Sperrmüll kostenfrei abholen lassen, um wilden Müllkippen in Natur und Umwelt vorzubeugen.

### **Saubere Luft**

Die Dortmunder Luft ist ungesund. Die Grenzwerte für Stickoxide werden überschritten, und auch die Werte für Feinstaub sind hoch. Das kann zu Atemwegsbeschwerden, Asthma, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und damit zu verfrühtem Tod führen. Anstatt die Situation, zum Beispiel an der Steinstraße, zu verbessern, wird hier weiterer Verkehr geplant durch die Vergrößerung des Fernbusbahnhofes und durch zusätzliche Parkflächen. Gerne werden auch Verkehre an den gemessenen, hochbelasteten Orten vorbei geleitet. Das hat lediglich eine Verteilung der Emissionen zur Folge; insgesamt wird die Luft dadurch nicht besser. Umweltzonen sind grundsätzlich zu begrüßen, aber in ihrer Wirkung für den belasteten Innenstadtbereich zu schwach. Allgemein will **DIE LINKE** Fahrverbote durch Einhaltung der Grenzwerte überflüssig machen.

**DIE LINKE** fordert die Ausweitung der Umweltzone Ruhr auch entlang der Hellwegachse weiter nach Osten.

**DIE LINKE** fordert: Die Luftqualität in Dortmund muss an mehr Stellen überwacht werden. An Straßen wie z.B. der Mallinckrodtstraße werden Grenzwertüberschreitungen nicht gemessen und können damit auch nicht in die Verkehrsplanung einfließen, und die Bewohner\*innen können nicht vor der Belastung geschützt werden.

**DIE LINKE** fordert: Ein attraktives Angebot durch ÖPNV und kostenfreie Park&Ride-Plätze kann die Innenstadt von Autos spürbar entlasten. In der abgelaufenen Wahlperiode wurde mit den Stimmen der **LINKEN** der Grundsatzbeschluss zur emissionsfreien Innenstadt gefasst. Der Wall sollte künftig zu einer kreisförmigen Flaniermeile mit Cafés, Diskotheken, Straßentheatern, Ateliers und anderem werden. Der Radverkehr ist hier auf eigenen Spuren auszubauen.

### **Wasserqualität**

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt. Die Wasserqualität in Dortmund ist derzeit recht gut. **DIE LINKE** begrüßt die kostenintensiven Bemühungen der zuständigen Wasserwerke um eine Sanierung und Modernisierung ihrer Anlagen. Der Einsatz von Partikelfiltern – wie am Rhein – könnte zu einer weiteren Verbesserung

führen. Industriechemikalien, Medikamente und Mikroplastik gehören nicht ins Trinkwasser. Auch aus Grundwasserschutzsicht lehnt **DIE LINKE** den Bau von Mastanlagen ab.

**DIE LINKE** fordert daher die Sanierung der Anlagen und den Einsatz modernster Technik, wie sie am Rhein eingesetzt wird. Die meisten Wasseraufbereitungsanlagen gehören Beteiligungsunternehmen der Stadt Dortmund. Doch hier ist auch das Land gefragt, endlich einen klaren Rechtsrahmen für Sanierungen zu setzen und Kostenzuschüsse zu gewähren.

An vielen Stellen ist der Dortmunder Boden durch Grundwasser gefährdende Industriechemikalien belastet. **DIE LINKE** fordert Bodensanierungen nach dem Verursacherprinzip. Bestehende Unternehmen müssen effektiv überwacht und auch ältere Gebiete weiterhin streng kontrolliert werden.

### **Lärmvermeidung**

Inzwischen ist es auch durch wissenschaftliche Studien hinreichend gesichert: Lärm macht krank. **DIE LINKE** fordert: Die Erkenntnisse des Lärmaktionsplanes sind konsequent umzusetzen. Für stark verlärmte bewohnte Gebiete müssen zunächst passive Lärmschutzvorrichtungen realisiert werden. Langfristig ist durch eine spürbare Verringerung des motorisierten Individualverkehrs und der Güterverkehre für niedrige Geräuschpegel zu sorgen.

**DIE LINKE** fordert eine strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes am Dortmunder Flughafen.

## **4.2. Ökologie und Artenvielfalt**

### **Stabilität unserer Ökosysteme erhalten**

Im Rahmen der Klimadebatte des Rates wurde auf Antrag der **LINKSFRAKTION** der Erhalt der Artenvielfalt als Daueraufgabe in den Ratsvorlagen etabliert. Gleichzeitig sollen auch soziale Auswirkungen immer mitbetrachtet werden.

Das Insektensterben, der Rückgang von Brutvögeln und das Absterben heimischer Baumarten auch in Dortmund bieten genug Anlass zur Sorge um die Stabilität unserer Ökosysteme. Das Massenaufreten einzelner Arten wie dem Eichenprozessionsspinner oder dem Borkenkäfer ist ein Hinweis für problematische Entwicklungen.

**DIE LINKE** fordert: Schützenswerte Flächen im Stadtgebiet sollen konsequent als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Bestehende Schutzgebiete sind zu vernetzen und durch stadtökologische Maßnahmen zu verbes-

sern und zu sichern (Beispiel: der Biotopverbund aus dem Naturschutzgebiet Gropenbruch und dem renaturierten Herrentheyer Bach in Dortmund-Mengede).

**DIE LINKE** will in den Dortmunder Naturschutzgebieten künftig deutlich mehr Flächen für die natürliche Waldentwicklung ausweisen. Kommerzielle Waldbewirtschaftung mit intensiver Holznutzung birgt in Zeiten des Klimawandels das Risiko des Absterbens ganzer Waldbereiche.

**DIE LINKE** möchte die Internationale Gartenausstellung (IGA) im Jahr 2027 zu einer Grünvernetzung zwischen dem Dortmunder Norden und dem Süden entlang dem renaturierten Lauf der Emscher nutzen.

**DIE LINKE** möchte die Wirksamkeit ökologischer Ausgleichsmaßnahmen einer stärkeren Kontrolle unterziehen. Der Ausgleich sollte in räumlicher Nähe zur auszugleichenden Maßnahme erfolgen.

### **Stadtökologie**

Im Siedlungsbereich gewinnen ökologische Themen zunehmend an Bedeutung. Die mit Stimmen der **LINKEN** in der abgelaufenen Wahlperiode beschlossenen Dachbegrünungen zur Vermeidung von Hitzeinseln sind nur eines von vielen Beispielen. Eine ähnliche Regelung strebt **DIE LINKE** auch für sogenannte Steingärten an, die künftig wieder zu unversiegelten, ökologisch sinnhaften Flächen werden sollten.

**DIE LINKE** strebt die Entsiegelung von Flächen zugunsten des Grundwasserhaushaltes an.

**DIE LINKE** fordert ein Programm zur Fassadenbegrünung im Innenstadtbereich.

**DIE LINKE** will die Anzahl der Straßenbäume deutlich erhöhen. Ein Blätterdach kühlt die Straßenzüge und sorgt für frische Luft. Bei der Auswahl der Straßenbäume sollen die verschiedenen Baumarten gemischt werden, um der Verbreitung von Schädlingen entgegen zu wirken. Es ist auf die Anpflanzung klimaresistenter Arten zu achten.

**DIE LINKE** fordert den Einsatz von städtischem Personal wie z.B. der Feuerwehr, um Straßenbäume in Dürreperioden mit dem benötigten Wasser zu versorgen. Sollten die gegenwärtigen Dürrezeiten sich langfristig bestätigen, sind fest montierte Bewässerungssysteme aufzubauen.

**DIE LINKE** fordert: Bei Baumfällungen im Straßenraum sind mindestens drei Ersatzbäume zu pflanzen.

**DIE LINKE** fordert auf städtischen Grünflächen und Parks ein Programm zur Ansiedlung von Vögeln und Fledermäusen durch den Einsatz von Nisthilfen und Übernachtungsplätzen. Es sollen Bereiche für Wildblumen vorgesehen werden, die als Nahrungsquelle für Tiere dienen können.

**DIE LINKE** will die Renaturierung und den Schutz von Gewässern auch weiterhin unterstützen.

**DIE LINKE** will die Frerichswiese in Dorstfeld erhalten.

### **Grünes Band Dortmund-Ost**

Im Dortmunder Osten befindet sich der größte Naturraum Dortmunds mit einer herausragenden Artenvielfalt. **DIE LINKE** tritt für ein Natur- und Freizeitgebiet Dortmund-Ost ein. Dazu sollen die bestehenden Gebiete Wickeder Ostholz, Wickeder Westholz, Buschei / Alte Körne, Kurler Busch bis hin zum Lanstroper See durch Aufforstung und Landschaftspflegemaßnahmen sinnvoll miteinander verbunden werden.

Die abgelaufene Wahlperiode zeigt, dass **DIE LINKE** viel erreichen konnte. Der für den Vogelschutz wichtige Pleckenbrinksee ist unter Naturschutz gestellt worden. Doch es gibt auch Bedrohungen für die Natur und Erholungsräume im Dortmunder Osten, wie z.B. die geplante Schnellstraßenbau L663n (OWilla).

Dies hat 2013 auch der Flächenkonflikt um den Sportplatz Kurl, die Rotmilane im Naturschutzgebiet Buschei / Alte Körne und die kommenden Gewerbeflächen in Kurl gezeigt. Die Position der **LINKEN** ist von allen Konfliktparteien im Nachhinein als richtig anerkannt worden. Der erfolgreiche Einsatz für neue Umkleidekabinen für den betroffenen Fußballverein im Jahr 2018 zeigt, dass **DIE LINKE** auch langfristig Projekte weiterbegleitet. Für den Rotmilan konnte durch den damaligen Kampf der Bestand der seltenen Greifvögel in Westfalen gesichert werden.

**DIE LINKE** fordert die dauerhafte Sicherung der Naturschutzgebiete Buschei und Alte Körne im Stadtbezirk Scharnhorst. Bebauungen am Rand der Naturschutzgebiete sind zu unterlassen.

**DIE LINKE** fordert, keine Anlagen zur Massentierhaltung zuzulassen. Abschrecken des Beispiel ist die Planung einer Bullenmast an der Greveler Straße als Barriere zwischen zwei Naturschutzgebieten. Die Dortmunder Bauern sollen in Richtung des ökologischen Landbaus orientiert werden.

**DIE LINKE** will begrünte Ackerrandstreifen zur Biotopvernetzung fördern.

**DIE LINKE** fordert die Entwicklung eines interkommunalen Naturschutzgebietes mit der Stadt Kamen unter Einbeziehung von Wickeder Ostholz und Pleckenbrinksee.

### **Jagd**

**DIE LINKE** steht an der Seite der Naturschutzverbände, die seit langem eine Beendigung der Jagd in NRW fordern. Das Töten von Wildtieren stellt im Regelfall einen Eingriff in den Naturhaushalt dar. Wald und Flur sind aber keine Bereiche für eine Nutztierhaltung. Winterfütterungen für Rotwild lehnen wir ab.

**DIE LINKE** fordert eine ganzjährige Schonzeit in den Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten.

**DIE LINKE** will auch Schwarzwild nicht radikal abschießen lassen, um die Tiere aus dem Dortmunder Stadtgebiet herauszuhalten, wie es die derzeitige Praxis ist. Stattdessen sollten schonende Methoden der Vergrämung eingesetzt werden, wo Schwarzwild Schaden anrichten kann. Der Einsatz von Chili hält beispielsweise auch den hartgesottensten Eber fern.

## 4.3. Energie

### Energie muss bezahlbar und umweltfreundlich sein

#### Energiewende

**DIE LINKE** will, dass die Nutzung fossiler Energieträger so schnell wie möglich beendet wird. Dies muss mit der Braunkohle und dann mit der Steinkohle beginnen. Schließlich muss auch der Betrieb von Kraftwerken mit Erdgas oder gar mit importiertem Flüssiggas (LNG aus Fracking) schnellstens beendet werden.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich die politischen Voraussetzungen, insbesondere die Gesetze von Bund und Land und sonstigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, grundlegend ändern. Dadurch könnten neue Maßnahmen auch im kommunalen Bereich eröffnet werden. Trotzdem muss auch die Kommunalpolitik schon jetzt alle Möglichkeiten ausschöpfen, die den Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien öffnen.

#### Energiewende in Dortmund

**DIE LINKE** fordert, dass sich alle kommunalpolitischen Entscheidungen an dem Ziel orientieren, bis 2030 den vollständigen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft zu erreichen. Für alle dadurch wegfallenden Arbeitsplätze müssen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Die DEW21 soll den Anteil des selbst erzeugten Stroms und den Anteil erneuerbarer Energien soweit wie möglich erhöhen mit dem Ziel, schnellstmöglich klimaneutral zu werden. Dabei sind dezentrale Lösungen zu bevorzugen, um Transportverluste zu minimieren und so einen hohen Wirkungsgrad zu erhalten. Hierzu können der Ausbau von Solarenergie und die Errichtung von (dezentralen) Speichern eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend ist allerdings, dass endlich die gesetzlichen Restriktionen fallen, die sowohl der Errichtung von Quartiersspeichern als auch der massenhaften Entwicklung von Mieterstrommodellen im Wege stehen.

Das große Potenzial für die Sonnenenergie, das Dächer städtischer Gebäude und kommunaler Betriebe bieten, muss schnell und umfassend genutzt werden. Auch auf privaten Gebäuden muss die Installation von Solaranlagen vorangetrieben werden. Beim Neubau muss der Passivhausstandard angestrebt werden. Aber auch im Bestand muss die Verbesserung der Energiebilanz unter anderem durch regenerative Energieträger gefördert werden.

**DIE LINKE** unterstützt die Strategie des Aufbaus einer Nahwärmeversorgung für Dortmund. Diese sollte so schnell wie möglich auf erneuerbaren Energien beruhen, auch was die Nutzung industrieller Abwärme betrifft.

**DIE LINKE** setzt sich für die Einführung einer Fachschule für Zukunftsenergien am Berufskolleg ein, damit junge Dortmunder\*innen sich für den Einsatz in diesen neuen Technologien qualifizieren können.

### **Energie muss bezahlbar bleiben**

Immer mehr Menschen können die Energiepreise nicht mehr bezahlen. **DIE LINKE** fordert, dass es grundsätzlich keine Zwangssperren bei der Energie- und Wasserversorgung wegen Zahlungsrückständen mehr geben darf.

Wir erkennen an, dass die DEW21 in letzter Zeit einiges getan hat, um Zwangsabschaltungen zu vermeiden. Weitere Maßnahmen zur Entlastung von Privathaushalten mit niedrigen Einkommen sind erforderlich. Dazu gehört, dass die Entlastungen der Großverbraucher aufhören, die von den übrigen Verbraucher\*innen bezahlt werden müssen.

DEW21 sollte die Möglichkeiten prüfen, durch eine progressive Tarifgestaltung die Kosten für den Basisverbrauch niedrig zu halten und Haushalte mit höherem Bedarf entsprechend stärker zu belasten. Wir wissen aber, dass wegen des Wettbewerbs mit privaten Energieanbietern diese Möglichkeiten begrenzt sind. Auch wenn gesetzliche Regulierungen hier helfen könnten, spricht alles dafür, privaten Großkonzernen die Energieversorgung aus der Hand zu nehmen und sie zu vergesellschaften.

### **Rekommunalisierung von DEW21**

**DIE LINKE** tritt für die vollständige Rekommunalisierung der Dortmunder Energieversorgung ein.

Durch politischen Druck konnte zwar 2014 der kommunale Anteil an DEW21 von 53 auf 60,1 Prozent erhöht werden. Die damalige Erhöhung ihres Anteils war für die Stadtwerke eine gewinnbringende Investition. Das genügt aber nicht! Wir lehnen jegliche Beteiligung von privaten Energiekonzernen (wie RWE, Innogy oder Eon) an DEW21 ab. **DIE LINKE** fordert, dass DEW21 zu 100 Prozent in städtisches Eigentum überführt wird!



## RWE-Aktien

**DIE LINKE** fordert den alsbaldigen Verkauf der 23,6 Millionen RWE-Aktien, die von den Stadtwerken gehalten werden. RWE hat die komplette Stromerzeugungssparte in ihren eigenen Kraftwerkspark eingegliedert. Sie wird alles versuchen, noch für möglichst lange Zeit ihre Kohlekraftwerke zu betreiben und sich danach deren Abschaltung durch unverschämte hohe Entschädigungen aus dem öffentlichen Haushalt vergolden zu lassen. Die Dortmunder Stadtwerke dürfen nicht Komplizen in diesem üblen Spiel sein. Dies betrifft auch die empörende Kumpanei zwischen RWE und der Landesregierung insbesondere im Zusammenhang mit dem Hambacher Wald.

## Atomenergie

**DIE LINKE** fordert, dass der Ausstieg aus der Kernenergie spätestens nach Plan erfolgt.

Rund um Dortmund fahren Castoren mit hochradioaktivem Material in Richtung der Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau. Eine viel benutzte Bahntrasse durch Lünen führt bis auf vier Kilometer an die Dortmunder Stadtgrenze heran. Bei einem Unfall droht Lebensgefahr. Das transportierte Uranhexafluorid kann bei Kontakt mit Wasser zu hochgiftiger Flusssäure werden.

**DIE LINKE** fordert die Einstellung dieser Transporte von radioaktivem Material. Stattdessen fordern wir die Schließung der Anlage in Gronau wie auch aller anderen Anlagen, die Kernbrennstoffe oder anderes zur Kernwaffenherstellung taugliches Material verarbeiten (auch für den Export).

# 5. Verkehr und Mobilität

## Mobilität ist ein öffentliches Gut

Ob in der Stadt, im Vorort oder im ländlichen Bereich: Mobilität und das möglichst freie und schnelle Bewegen im öffentlichen Raum ist nicht nur notwendig für den täglichen Weg zu Arbeit, Familie oder Geschäften. Es ist auch eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer Zugang zu Kultur, Orten des öffentlichen Lebens oder Treffpunkten mit anderen Menschen erlangen will, muss dafür zunächst einen Weg zurücklegen. Mobilität sollte in diesem Sinne als ein öffentliches Gut anerkannt werden. Dieses sollte allen Menschen ohne Einschränkung zur Verfügung stehen.



Bedarfsgerechte und gut abgestimmte Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für eine funktionierende Stadt. Der öffentliche Raum steht allen Verkehrsteilnehmenden gleichermaßen zu. Die notwendigen Verkehre müssen Raum lassen für echte Urbanität, Leben und Aufenthalt in der Stadt.

### **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) für alle**

Der ÖPNV bildet das Grundgerüst einer funktionierenden Mobilität. Er ist schadstoffarm, platzsparend und kann allen Menschen zugänglich sein. Er muss jedoch kostengünstiger werden. Zudem müssen die Anbindungen verbessert und die Taktrate erhöht werden. So kann der ÖPNV zur echten, attraktiven Alternative zum Auto werden. Dies ist ein wesentlicher Hebel zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

**DIE LINKE** setzt sich für einen kostenlosen ÖPNV für alle ein. Erste Schritte sind dabei kostenfreie Tickets für Kinder, Jugendliche, Schüler\*innen und Azubis, denn aus der Schulpflicht folgt auch ein Recht, zum Ausbildungsort zu kommen. Auch Erwachsene mit wenig Geld haben große Einschränkungen in ihrer Mobilität, da die Kosten eines Sozialtickets deutlich über dem vorgesehenen Satz für Mobilität liegen.

**DIE LINKE** fordert: Das Verkehrsnetz muss besonders in Bereichen außerhalb der Innenstadt massiv ausgebaut werden. **DIE LINKE** will eine höhere Taktung und Verlängerung der Fahrtzeiten. Auch am Wochenende muss es möglich sein, zum Schichtbeginn mit Bus und Bahn zur Arbeit zu kommen.

**DIE LINKE** fordert: Alle Haltestellen in Dortmund müssen barrierefrei sein. Dazu gehören nicht nur der Bau von Aufzügen und Rampen, sondern auch ein vollständiges Blindenleitsystem sowie Ansagen.

**DIE LINKE** fordert, dass auch zwischen den Ruhrgebietsstädten die Linien ausgebaut werden. Das Ruhrgebiet ist eine Metropolregion, deren ÖPNV-Netz auch dieser Größe angepasst werden soll. Reisen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sollen nicht nur über die Knotenpunkte an den Hauptbahnhöfen möglich sein, sondern auch zwischen den einzelnen Stadtteilen der verschiedenen Städte. Die Zusammenlegung der Verkehrsverbünde in NRW erachtet **DIE LINKE** für sinnvoll, da so eine abgestimmte Planung möglich wird.

### **Mehr Radverkehr**

Mit dem Rad unterwegs zu sein ist die umweltfreundlichste Möglichkeit der Mobilität. Gerade in der Stadt bietet das Rad großes Potenzial, da viele der zurückgelegten Wege unter fünf Kilometern liegen. Radfahren ist eine gerechte Form der Mobilität. Auch Kinder und, mit dem Aufkommen des E-Bikes, körperlich eingeschränkte Menschen können sich auf diese Weise fortbewegen.

Im Moment liegt der Anteil des Radverkehrs nur bei etwa sechs Prozent der zurückgelegten Wegstrecken. Die Hauptgründe hierfür sind mangelnde Sicherheit und Komfort durch das hohe Autoverkehrsaufkommen. Radverkehr muss Vorrang vor

dem motorisierten Individualverkehr (MIV) bekommen. Nur so kann Dortmund seine dreckige Luft und den ständigen Lärm loswerden.

**DIE LINKE** fordert den Ausbau der Radwege nicht nur zu den Zentren hin, sondern im gesamten Stadtbereich. Fahrradwege dürfen weder Flickenteppiche noch Zickzackrouten sein.

**DIE LINKE** will eigene Fahrradstraßen und Radvorrangstraßen sowie breitere Fahrradstreifen (mindestens 1,85 Meter) mit Sicherheitsabstand zu parkenden Autos. An Kreuzungen braucht es eigene Grünphasen und grüne Wellen für Fahrradfahrer\*innen.

**DIE LINKE** fordert mehr Fahrradstellplätze und Lademöglichkeiten für E-Bikes. Bei Neubauten müssen die Fahrradstellplätze vor Autos Priorität haben.

**DIE LINKE** setzt sich ein für mehr Kontrollen und härtere Bestrafung von Falschparkern auf Fahrrad- und Fußwegen und in Kreuzungsbereichen.

**DIE LINKE** fordert mehr kostenlose Park&Ride-Plätze außerhalb der Innenstadt mit einer kostenlosen Anbindung an den ÖPNV.

**DIE LINKE** fordert: Gefährliche Stellen – etwa Radwege, die plötzlich auf die Straße führen – müssen mit Hinblick auf die Sicherheit von Fahrradfahrer\*innen umgebaut werden. Tödliche Unfälle mit dem Rad gehen auch oft auf rechtsabbiegende Lkw zurück. Die Anzahl der Lkw im Stadtgebiet muss reduziert werden. Die notwendigen Lkw müssen mit Abbiegeassistenten ausgestattet sein. An den Stellen, an denen es zu Unfällen gekommen ist, muss der Straßenabschnitt geändert werden.

**DIE LINKE** will, dass bei Baustellen kein Fahrradweg wegfällt. Radfahrer\*innen müssen wie Fußgänger\*innen durch eigene Absperrungen geschützt werden. Einschränkungen dürfen nur zu Lasten des Autoverkehrs gehen. Bestehende Gesetze müssen hier angewandt werden.

**DIE LINKE** will die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern, Lastenrädern und Fahrradanhängern im ÖPNV. Die Möglichkeiten zur Mitnahme müssen verbessert werden.

### **Mehr Rechte für Fußgänger\*innen**

Jede\*r Verkehrsteilnehmende ist zumindest auch manchmal Fußgänger\*in. Kinder, Jugendliche, viele Senior\*innen und aus finanziellen Gründen Unmotorisierte sind es ständig, alle anderen legen zumindest Teilstrecken zu Fuß zurück. Laut Modal Split ist der Anteil zu Fuß gegangener Wege in Dortmund erstaunlich hoch. Dennoch werden viele kurze Wege unnötigerweise gefahren statt gegangen. Verlärmte, unbeschattete, unerfreulich bebaute Straßen, schlechte Luft und fußgängerunfreundliche Übergänge mit langen, oft in Phasen getrennten Wartezeiten wirken abschreckend und lassen Menschen aufs Auto zurückgreifen. In der Folge steigt das Kfz-Aufkom-

men, städtische Zonen veröden, der Lärmpegel steigt, die Luft wird schlechter, innerstädtisches und globales Klima werden belastet.

Eine Stadt der fußgängerfreundlichen Wege hält Platz für Fußgänger\*innen vor, geht gegen zugeparkte Wege vor, sorgt für sicheres, komfortables und angemessen schnelles Fortkommen. Hierzu gehören zwingend funktionale Beleuchtung, Beschattung, sowie zum Überqueren Zebrastreifen oder schnell reagierende Ampeln. Anzustreben sind auch gelegentliche Orte zum Ausruhen sowie Angebote zur spielerischen Fortbewegung für Kinder.

**DIE LINKE** fordert die Schaffung von Räumen mit Aufenthaltsqualität durch Sitzmöglichkeiten, Beleuchtung, Begrünung und Lärmreduktion. Die Gegend innerhalb des Walls und die Münsterstraße sollen zur autofreien Zone werden.

**DIE LINKE** will, dass jede Fußgängerampel auch von geheingeschränkten Menschen in einer Grünphase überquert werden kann.

**DIE LINKE** fordert die Ausweitung der Tempo-30-Zonen, mehr Spielstraßen und mehr Zebrastreifen. Die Bürgersteige müssen an vielen Stellen verbreitert werden (z.B. Rheinische Straße). Gehwegparken sollte nicht geduldet werden.

**DIE LINKE** will mehr Kontrollen der Luftverschmutzung durch zusätzliche Messstationen.

### **Gütertransport von den Straßen weg**

Auch in Dortmund geht etwa ein Fünftel der vom Straßenverkehr erzeugten Luftschadstoffe auf das Konto des Lkw-Verkehrs. Eine nachhaltige Verkehrswende kommt also nicht umhin, den innerstädtischen Gütertransport von Grund auf zu revolutionieren.

Dortmund ist von einem Autobahnring vollständig umschlossen, der die innerstädtische Verkehrspolitik deutlich entlasten könnte – wenn die dafür Verantwortlichen es denn wollten und konsequent nutzen würden.

**DIE LINKE** fordert die konsequente Verlagerung des Lkw-Durchgangsverkehrs aus dem Stadtgebiet auf die Schiene und, wo dies nicht möglich ist, auf den Autobahnring.

**DIE LINKE** begrüßt es, dass das jahrelang von ihr geforderte Fahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen auf der B1 im Dortmunder Stadtgebiet im Jahr 2020 endlich umgesetzt wird.

**DIE LINKE** spricht sich für eine Erweiterung der Umweltzone zur Reduzierung des Schwerverkehrs im ganzen Stadtgebiet aus. Für die Kontrollen muss mehr Personal eingestellt werden.

**DIE LINKE** fordert regelmäßige Verkehrszählungen an allen Verkehrsknotenpunkten mit hohem Lkw-Anteil, um Aussagen über die tatsächliche Belastung treffen zu können.

**DIE LINKE** fordert die Umstellung des Fuhrparks der Stadt und ihrer Unternehmen auf Elektro- und/oder Brennstoffzellenantrieb. Diese sollen durch Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien mit Ladestrom versorgt werden.

**DIE LINKE** steht für die Stärkung der regionalen (Kreislauf-)Wirtschaft zur Minimierung von Lieferwegen.

**DIE LINKE** strebt eine schadstoffarme Verknüpfung von Transport- und Logistiksystemen auf Straßen, Schienen und Wasserwegen an. Für den Lieferverkehr innerhalb der Fußgängerzonen sind neue kleinteilige (halb-) automatische Transportsysteme weiter zu erproben und zu fördern.

**DIE LINKE** ist gegen einen Weiterbau der OWilla Richtung Asseln und Wickede.

**DIE LINKE** fordert den Erhalt und Ausbau der Wasserstraßen für die Binnenschifffahrt als umweltfreundlichere Alternative zu Lkw- und Luftfrachtverkehr. **DIE LINKE** steht zur Bedeutung des Dortmunder Hafens als wichtigem Teil der kommunalen Infrastruktur. Er muss in öffentlicher Hand bleiben.

**DIE LINKE** sagt: Der Ausbau des Containerterminals ist sinnvoll. Voraussetzung ist aber ein umfassendes Verkehrskonzept zur Minimierung von Lärm- und Abgasbelastungen für die Anwohner\*innen. Die Wohngebiete sollen aufgrund der geplanten Aufwertung ihres Viertels Bestandsschutz erhalten.

### **Rückbau des Flughafens**

Der Dortmunder Flughafen ist einer der schlimmsten Umweltsünder im Stadtgebiet. Je Personenkilometer ist das Fliegen sogar klimaschädlicher als das Autofahren und deutlich schädlicher als Bahnfahren. In Deutschland haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Flugverkehrs seit 1990 verdoppelt. Doch weiterhin werden Fluggesellschaften und Flughäfen mit Steuerbefreiungen und öffentlichen Zuschüssen gegenüber anderen Verkehrsträgern vielfach subventioniert.

Der Flughafen Dortmund treibt mit seinem Billigfliegerkonzept die Zunahme des Luftverkehrs auf Kosten anderer Flughäfen der Region überdurchschnittlich an. Dennoch macht der Dortmunder Flughafen Jahr für Jahr Verluste in zweistelliger Millionenhöhe. Diese darf er mittels Verlustausgleich durch die Dortmunder Stadtwerke auf die ganze Stadtbevölkerung abwälzen – obwohl nur eine Minderheit der Bevölkerung den Flughafen nutzt.

Seit 2004 ist der Flughafen zu einem Touristikflughafen ausgebaut worden. Das ging nur, weil Billigfluglinien mit Dumpingpreisen bei den Start- und Landegebühren angelockt wurden. Trotzdem streben die Nutznießer\*innen des Flughafens einen immer

weiteren Ausbau an. **DIE LINKE** stellt sich gegen diese Pläne. Das Ziel der **LINKEN** ist es, eine Umwelt und Klima schonende Mobilität unter Verzicht auf die Verbrennung fossiler Kraftstoffe zu entwickeln. Das schließt auch den Ausstieg aus dem kerosinbetriebenen Flugverkehr ein.

Oft wird zur Rechtfertigung des Erhalts des Flughafens das Argument der Arbeitsplätze gebraucht. Tatsache ist: Der Flughafen bietet nicht mehr Arbeitsplätze als andere Logistikunternehmen von vergleichbarem Investitionsumfang.

**DIE LINKE** fordert das sofortige Ende der Subventionierung durch die Stadtwerke und die sofortige Verpflichtung des Flughafens zu kostendeckenden Start- und Landegebühren.

**DIE LINKE** arbeitet auf das Ziel der Schließung des Flughafens hin. Zwischenschritt kann der Rückbau zum Geschäftsflughafen sein.

**DIE LINKE** besteht auf einem strikten Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr. Aus diesem Grund hat die Ratsfraktion eine Klage gegen die Betriebszeitenverlängerung unterstützt und ein Fachgutachten beauftragt. Gerichtlich wurde die Rechtswidrigkeit der vom Flughafen beantragten und von der Bezirksregierung genehmigten Betriebszeitenausweitung in den Nachtflugbereich festgestellt. Auch weitere Versuche des Flughafens, die Nachtruhe der Menschen zu stören, werden durch **DIE LINKE** bekämpft.

**DIE LINKE** ist gegen den Ausbau der Landebahn sowie gegen den Ausbau des Frachtverkehrs am Flughafen. Fracht gehört auf die Schiene und auf die Wasserstraßen.

**DIE LINKE** will, dass beim Rückbau des Flughafens die Beschäftigten in andere kommunale Unternehmen übernommen werden.

### **Autoverkehr**

Der öffentliche Raum gehört allen. Fakt ist aber, dass er weitgehend für den Autoverkehr konzipiert und vom Autoverkehr beherrscht wird. Bau und Erhalt von Straßen, Parkflächen und Parkhäusern sind teuer. Viele davon sind aus Steuermitteln finanziert. Dessen ungeachtet fristen Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen im Gegensatz zu motorisierten Verkehrsteilnehmer\*innen ein oft gefährliches, zumindest unkomfortables Dasein am Rand. Dies ist für besonders junge bzw. ältere Verkehrsteilnehmer besonders gefährlich. Alle Bürger\*innen leiden unter dem Verkehrsfarkt der Innenstädte: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist zudem einer der wichtigsten Emittenten des Klimagases CO<sub>2</sub>.

Eine schlichte Umstellung auf Elektromobilität ist keine Lösung. Die Dichte der Fahrzeuge nimmt so nicht ab, und Emissionen werden in andere Regionen ausgelagert. Die Stadt Dortmund sollte bei der Umstellung auf Elektromobilität nicht nur regionale Emissionen berücksichtigen, sondern die gesamten, auch die bei der Produktion ent-

stehenden. Der ÖPNV muss umfassend ausgebaut, und die Taktraten müssen erhöht werden. Neue emissionsarme Fahrzeuge müssen angeschafft werden. Rad- und Fußgängerwege und verkehrsberuhigte Zonen müssen besonders im Innenstadtbereich geschaffen, Parkflächen für Autos als Park&Ride-Plätze ausgebaut werden. Ziel ist eine weitgehend autofreie Innenstadt.

Dies bedeutet: Kein Neubau von Straßen, stattdessen Rückbau vorhandener Straßen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und Verringerung der für das Parken vorgesehenen Flächen. Für jene Verkehre, die nicht auf ÖPNV und nicht motorisierte Fahrzeuge verlagert werden können, ist Elektromobilität vertretbar, sofern die Zahl dieser Fahrzeuge und ihr Gewicht gering ist und die für sie benötigten Materialien auf fairem Wege gewonnen werden.

## 6. Arbeit

### Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungspolitik sein

Hauptursache der Armut ist die Arbeitslosigkeit. Über 31.000 Dortmunder Frauen und Männer waren im Oktober 2019 arbeitslos. 7.000 davon erhielten Arbeitslosengeld I; die meisten Betroffenen jedoch waren langzeitarbeitslos (s. Kapitel 2. Soziales). Die Arbeitslosenquote beträgt damit in Dortmund immer noch rund zehn Prozent. Werden noch die Menschen berücksichtigt, die zum Teil in Maßnahmen „geparkt“ oder angeblich zu alt für eine Vermittlung sind und deshalb in der Arbeitslosenquote nicht auftauchen, waren es insgesamt über 44.000 Menschen, die als „unterbeschäftigt“ galten. Zudem waren rund 50.000 Menschen geringfügig beschäftigt.

Die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen verletzt die Menschenwürde und mündet in einen Teufelskreis sozialer Probleme. Dazu gehört die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen für den Lebensunterhalt. Über 100.000 Menschen, nicht nur Arbeitslose, sind in Dortmund auf Transferleistungen angewiesen!

Eines der dringendsten Probleme ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Ihr Anteil an den Arbeitslosen beträgt über 75 Prozent.

Für Langzeitarbeitslose werden in Dortmund, wie in vielen andern Kommunen, unter anderem „1-Euro-Jobs“ und von der Stadt im Rahmen ihrer „Kommunalen Arbeitsmarktstrategie 2020-2030“ unter Anwendung des „Teilhabechancen-Gesetzes“ Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten. Hier wird zwar auch der entsprechende Tarif-

lohn gezahlt, und es besteht dabei die Möglichkeit einer Beschäftigung von bis zu fünf Jahren. Jedoch ist die Chance, danach übernommen zu werden, mehr als ungewiss. Hinzu kommt, dass die Sozialversicherungsleistungen keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vorsehen, so dass nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer – ohne die anschließende Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis – der Rückfall in den Hartz-IV-Bezug erfolgt.

Auch gibt es nur geringe Chancen zur Teilnahme an Weiterbildungen. Tarifliche Leistungen wie z.B. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, die über den Lohn hinausgehen, können nicht in Anspruch genommen werden.

Die Tätigkeiten finden hauptsächlich in öffentlichen und sozialen Diensten, in Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, in der Schulbetreuung, Hausaufgabenhilfe, in Begleit- und Präsenzdiensten im öffentlichen Raum und in öffentlichen Kultur- und Freizeiteinrichtungen statt – also Arbeit und Beschäftigung, die Menschen hilft und nützt. Dies sind alles gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten und Beschäftigungen, von denen die Stadt Dortmund noch viel mehr schaffen sollte. Dies könnte durch Umwandlung der „1-Euro-Jobs“ in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschehen - tariflich bezahlt und mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

Auf Antrag der **LINKEN** wurde im Nordstadt-Konzept des Rates die Umwandlung aller „1-Euro-Jobs“ in der Nordstadt in sozialversicherungspflichtige Stellen beschlossen. Die Umsetzung des Beschlusses wird aber seitens der Verwaltung seit Jahren verschleppt.

**DIE LINKE** lehnt „1-Euro-Jobs“ ab! Sie fordert die Umwandlung der vorhandenen und der geplanten „1-Euro-Jobs“ oder vergleichbare Maßnahmen in „reguläre und sozialversicherungspflichtige Arbeit und Beschäftigung und Einhaltung des Tariftreuegesetzes“ zu einem Stundenlohn von mindestens 12 Euro bei Hilfstätigkeiten. Qualifizierte Tätigkeiten müssen zu gleichwertigen Tarifen wie die festeingestellten Arbeitskräfte bezahlt werden. Qualifizierungsmaßnahmen, die nur beschäftigungstherapeutische Wirkung haben und nicht in einen qualifizierten Berufsabschluss münden, lehnt **DIE LINKE** ab. Zertifikate, die zu einem Abschluss führen können, begrüßen wir.

**DIE LINKE** fordert die Umsetzung des oben genannten Ratsbeschlusses für die Nordstadt und seine Ausweitung auf ganz Dortmund.

**DIE LINKE** steht für öffentlich finanzierte Programme zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Erwerbslosen und besonders Langzeitarbeitslosen und für ein Lehrstellenprogramm für junge Erwerbslose ohne Berufsausbildung.

### **Wirtschaftsförderung**

Die Entwicklung der Wirtschaft läuft nicht zum Vorteil unserer Stadt. Mit alten Strategien wird die Wirtschaftsförderung auch in Zukunft ihre Ziele verfehlen. Sie wird die



soziale Spaltung der Stadtgesellschaft in eine schmale wohlhabende Oberschicht und eine große Masse der Menschen, die vom Strukturwandel abgehängt sind, nicht stoppen können.

Der falsche Weg ist ein Dumpingwettbewerb der Städte um die niedrigsten Gebühren und Unternehmenssteuern.

**DIE LINKE** tritt für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsförderung ein und fordert den Ausbau und die Stärkung der Gemeinwirtschaft und des Genossenschaftswesens ein.

**DIE LINKE** fordert, dass Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen an verpflichtende und einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden.

### **Gegen Armutslöhne: Mindestlohn 12 Euro pro Stunde**

Arm trotz Arbeit – davon sind immer mehr Beschäftigte betroffen. Die Löhne im Niedriglohnsektor und für prekär Beschäftigte reichen selbst bei Vollzeit nicht aus, um die Existenz zu sichern. Jede\*r vierte Hartz-IV-Bezieher\*in ist ein\*e so genannte\*r Aufstocker\*in. **DIE LINKE** fordert einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde.

**DIE LINKE** sagt klar: Vom Lohn der Arbeit müssen Erwerbstätige und ihre Familien leben können.

Die sogenannte Unterbeschäftigungsquote liegt immer noch insgesamt über deutlich über 13 Prozent. Darin enthalten sind neben Teilnehmer\*innen an Maßnahmen über 3.000 Hartz-IV-Bezieher\*innen, die älter als 58 Jahre sind. **DIE LINKE** fordert, dass die öffentliche Hand auch für ältere Hartz-IV-Empfänger\*innen Lösungen schafft.

Ein zentrales Ziel der Politik muss es sein, allen Menschen gute Arbeit zu bieten und die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Doch die Arbeitsmarktstrategie der Stadt Dortmund ist geprägt von einer Vielzahl befristeter Projekte und kurzfristiger Angebote, die aneinander vorbeiarbeiten. Die Strategie verfolgt einseitig das Ziel, dem Arbeitsmarkt gut ausgebildete, aber billige Arbeitskräfte zuzuführen. Die Kurzfristigkeit der Projekte und Maßnahmen schafft Unsicherheit für die Betroffenen. Die Bedingungen, unter denen die Wirtschaft Arbeitskräfte nachfragt, werden gar nicht hinterfragt.

**DIE LINKE** fordert die Schaffung von unbefristeten, guten, vollumfänglichen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose. Anstatt die Unternehmen mit billigen Fachkräften zu versorgen, muss die Stadt Dortmund auch auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bestehen. Die richtigen Förder- und Bildungsangebote dürfen nicht wieder zu prekärer Beschäftigung für die Sozialpädagog\*innen, Dozent\*innen etc. führen.

**DIE LINKE** fordert die Schaffung einer dauerhaften städtischen Bildungseinrichtung, um die Qualifizierungen und Bildungsangebote rund um die Arbeitsmarktstrategie



aus einer Hand anbieten zu können, ohne dabei auf Honorarkräfte und unseriöse Drittanbieter zurückgreifen zu müssen.

**DIE LINKE** fordert: Weg mit Hartz IV. **DIE LINKE** ist für eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro im Monat.

### **Daseinsvorsorge durch öffentliche Einrichtungen und Leistungen**

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit brauchen gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen und das öffentliche Eigentum an lebensnotwendigen Natur- und Kulturgütern (vgl. Kapitel 1. Finanzen).

**DIE LINKE** tritt auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verhindert und schon erfolgte Privatisierungen zurückgenommen werden.

Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts müssen erhalten bleiben, um eine Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen zu gewährleisten.

Kommunale und gemeinnützige Träger sollen gefördert werden, um sichere Arbeitsplätze in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen zu schaffen.

### **Neuansiedlungen**

Gewerbliche Flächennutzung soll an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden sein. **DIE LINKE** sagt: Flächenverbrauch für automatisierte Lagerhallen ohne Arbeitnehmer\*innen ist ein Weg in die Sackgasse.

Private-Public-Partnership-Projekte lehnt **DIE LINKE** grundsätzlich ab.

### **Den öffentlichen Dienst stärken**

Die Stadt Dortmund zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen ist bei Weitem der größte lokale Arbeitgeber. Entsprechend hoch ist ihre Verantwortung für die Beschäftigung vor Ort. Doch die Ideologie eines „schlanken Staates“ in Kombination mit dem Austrocknen der Gemeindefinanzen ist eine der Hauptursachen für Arbeitslosigkeit.

**DIE LINKE** befürwortet eine leistungsfähige Verwaltung. Kommunale Rationalisierungsprojekte dürfen nicht noch mehr Arbeitslosigkeit erzeugen. Dagegen sind gemeinwirtschaftliche Betriebe in kommunaler Hand breit auszubauen. Deren Betriebsformen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse gewährleisten.

**DIE LINKE** steht klar zu einer Stärkung des öffentlichen Dienstes als größter Arbeitgeber und im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Beharrlichkeit und das ständige Nachhaken haben sich ausgezahlt: Auf Antrag der linken Ratsfraktion wurde die Ausbildungsquote bei der Stadtverwaltung verdoppelt! Dieser Trend nach oben muss sich fortsetzen.

**Die LINKE** sagt: Schluss mit unnötigen Befristungen in der Stadtverwaltung und den kommunalen Einrichtungen.

Sachgrundlose Befristungen lehnt **DIE LINKE** ab.

Ausgliederung von Personal in sogenannten Servicegesellschaften und Lohndumping und „Tarifflucht“ trägt **DIE LINKE** nicht mit.

**DIE LINKE** fordert: Beschäftigte müssen ständig weiter qualifiziert werden, damit diese auch künftige Aufgaben bewältigen können.

Die Einführung von Samstags- und Sonntagsarbeit lehnt **DIE LINKE** ab.

**DIE LINKE** steht für eine Politik der Vollbeschäftigung. Darum fordert **Die LINKE** die 35-Stunden-Woche und perspektivisch die 30-Stunden-Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich, um Arbeitsplätze zu schaffen und die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen. Dabei sieht **DIE LINKE** die Stadtverwaltung in einer Vorbildfunktion für die Wirtschaft.

## 7. Kinder, Jugend und Schule

### Kostenlose gute Bildung für alle – schon ab Kleinkindalter

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Steigende Geburtenraten haben auch in unserer Stadt dazu geführt, dass die Betreuungsquote trotz des U3-Platzausbaus nicht erfüllt werden kann. Gerade für unter Dreijährige gibt es zu wenig Kitaplätze, und besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen vertröstet. Die meisten Eltern wünschen sich aber anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe sind die höhere Verlässlichkeit und dadurch bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung, die in der Kita als hochwertiger angesehen wird.

#### Tagesbetreuung für Kinder in Kitas

**DIE LINKE** sagt: Wir fordern öffentlich geförderte, wohnortnahe und gut ausgestattete Kita-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an.

**DIE LINKE** fordert den bedarfsdeckenden Ausbau von Kindertagesplätzen mit einer Gruppengröße von maximal 15 Kindern und einem Betreuungsschlüssel von einer Erziehungsperson pro fünf Kindern.

**DIE LINKE** sagt: ein klares NEIN zum Kita-Platz-Sharing.

**DIE LINKE** fordert Kitaneubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand.

**DIE LINKE** sagt klar: Der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung gilt unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen. Erwerbslose Familien systematisch auf 25-Stunden-Plätze oder an das Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung.

**DIE LINKE** ist für inklusive Kitas, in denen die Versorgung mit multiprofessionellen Teams von Therapeut\*innen langfristig gesichert ist.

**DIE LINKE** steht für die Abschaffung von Kitabeiträgen landesweit. Solange dies nicht realisiert ist, will **DIE LINKE** Beitragssatzungen, die Kinder Erwerbsloser, Alleinerziehender, Geflüchteter und Geringverdiener beitragsfrei stellen und erst bei mittleren Einkommen einsetzen.

**DIE LINKE** fordert eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder. Es soll täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes Menu angeboten werden. **DIE LINKE** will deshalb die Wirtschaftsküchen der FABIDO-Kitas erhalten.

**DIE LINKE** steht ebenso für einen Kita-Gesundheitsdienst, in dem Fachkräfte Kinder mit gesundheitlichen Problemen unterstützen und bei Entwicklungshindernissen, nach Beratung und Hilfestellung für die Eltern, präventive Maßnahmen einleiten.

### **Tagesbetreuung für Kinder in der Tagespflege**

**DIE LINKE** ist für den Ausbau von wohnortnahen Kitaplätzen und den Rückbau von Tagespflegeplätzen entsprechend der Elternwünsche.

**DIE LINKE** fordert die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz von Fachkräften in Großtagespflegen.

**DIE LINKE** will die Qualifikation von Tageseltern erheblich ausbauen und die fachliche Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger verbessern.

**DIE LINKE** sagt klar: Tageseltern müssen Existenz sichernd entlohnt werden.

### **Rechte der Kinder und Jugend**

**DIE LINKE** tritt ein für die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen. Selbstverwaltete Räume (Alternative- und Ju-

gendzentren) sollen gestärkt werden. Entsprechende Angebote sollen ausreichende Personal- und Sachausstattung mit mehr Struktur- und weniger Projektförderung erhalten.

**DIE LINKE** steht für die besondere Förderung von barrierefreien Spielplätzen, die von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche ein.

**DIE LINKE** fordert: Die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern muss unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit möglich sein. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Eintrittsen bzw. Eintrittsbefreiung und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben.

**DIE LINKE** will den Erhalt und Ausbau kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten.

**DIE LINKE** sagt klar: Die Hilfen zur Erziehung, insbesondere präventive Angebote wie die Beratung von Kindern und Jugendlichen, müssen ausgebaut werden. Zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten müssen verstärkt werden.

### **Schule: Gute Bildung für alle – unentgeltlich und öffentlich**

Bildung ist ein Menschenrecht – ein Recht, das jedem Kind zusteht, unabhängig von sozialer Stellung und Einkommen der Eltern. Mit der Bildungspolitik hängen vielfältige gesellschaftliche Probleme zusammen: Chancen am Arbeitsmarkt, Einkommen, Integration, kulturelle Teilhabe und die Inanspruchnahme politischer Rechte hängen vom Bildungsniveau und seiner Verteilung in der Gesellschaft ab. Das schließt ein, dass auch Kinder von Eltern ohne Aufenthaltsstatus beschult werden müssen. Kein Mensch ist illegal.

In Dortmund zeigt sich die soziale Spaltung der Stadt besonders krass am Bildungsgefälle zwischen wohlhabenden und armen Stadtteilen. Die Chancen auf einen hohen Bildungsabschluss und damit auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind extrem ungleich verteilt. In den südlichen Stadtteilen wechseln doppelt so viele Kinder von der Grundschule aufs Gymnasium wie im Norden. Das liegt nicht daran, dass die Kinder im Norden dümmer sind. Die Bildungsungerechtigkeit geht einher mit sozialer Ausgrenzung durch finanzielle Armut und Arbeitslosigkeit. Das mehrgliedrige Schulsystem führt zu einer frühen Selektion von Kindern, benachteiligt Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund.

**DIE LINKE** sagt ohne Wenn und Aber: Gleich gute Bildung für alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern.

**DIE LINKE** sagt klar: Keine Privatisierung der Bildungseinrichtungen. **DIE LINKE** verurteilt die Unterordnung des Bildungssystems unter die Wirtschaft. Sponsoring

und Werbung an Schulen gehören verboten. Keine Einmischung durch globale Konzerne oder die Bundeswehr.

### **Sprachförderung von Anfang an**

**DIE LINKE** fordert Sprachförderprogramme von der Kita bis zum Berufskolleg. Die Eltern müssen in die Spracherziehung einbezogen werden, besonders Eltern mit Migrationshintergrund.

### **Weiterer Ausbau des Gesamtschulsystems**

**DIE LINKE** kämpft für die Umwandlung des mehrgliedrigen Schulsystems. **DIE LINKE** fordert ein Gesamtschulmodell von der 1. bis zur 12./13. Klasse im gemeinsamen Unterricht.

### **Inklusion**

**DIE LINKE** fordert: Um gemeinsames Lernen für Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen möglich zu machen, muss der Standard, den die Förderschulen haben, an allen Schulen umgesetzt sein. Dies bedeutet: Maximal zwölf Kinder in der Klasse, zwei Lehrkräfte, davon eine Förderschullehrkraft, sowie ein(e) Erzieher\*in bzw. Sozialpädagoge\*in. Es muss ein ausreichendes Raumkonzept mit Rückzugs- bzw. Ruheräumen und Bädern zur pflegerischen Versorgung geben. Unter diesen Bedingungen kann gemeinsames Lernen gelingen.

**DIE LINKE** erachtet den Erhalt von Förderschulen für notwendig. Das Wahlrecht der Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen muss erhalten bleiben.

### **Lehrmittelfreiheit und Schülerticket**

**DIE LINKE** fordert die Übernahme der Lern- und Lehrmittelkosten in Schule, Ausbildung und Studium und ein kostenfreies Schülerticket für den ÖPNV.

**DIE LINKE** sagt Nein zu überfüllten Schulklassen, gestressten Lehrer\*innen und schlechtem Unterricht! Sie fordert die Verkleinerung der Klassengröße auf 18 Schüler\*innen als ersten Schritt hin zu 12 Schüler\*innen sowie die Einstellung von gut ausgebildetem und gut bezahltem Lehr- und Betreuungspersonal durch das Land.

**DIE LINKE** sagt klar: Kurze Beine – kurze Wege – keine Schließung kleiner Grundschulen, bis es flächendeckend die 12/13-jährige Gesamtschule gibt.

**DIE LINKE** fordert: Schulsozialarbeit muss verstetigt und ausgeweitet werden.

### **Offene Ganztagsschule (OGS)**

Die Durchführung der OGS wird über Rahmenverträge des Jugendamtes mit sozialen Trägern, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen geregelt. Die Beschäftigung des Betreuungspersonals in der OGS und den Betreuungsangeboten ist oft prekär.

**DIE LINKE** setzt sich ein für ein flächendeckendes Ganztagsschulsystem in allen Grund- und weiterführenden Schulen.

**DIE LINKE** fordert die Ausweitung der OGS mit qualifizierter pädagogischer Betreuung einschließlich Förderunterricht für benachteiligte und behinderte Kinder.

**DIE LINKE** setzt sich ein für elternbeitragsfreie Ganztagsbetreuung einschließlich eines gesunden Schulessens.

**DIE LINKE** sagt klar: Verlässlicher offener Ganztag braucht verlässliche Beschäftigung des Betreuungspersonals, braucht Arbeitsplatzsicherheit und den Schutz der Sozialversicherung.

**DIE LINKE** setzt sich ein für Rahmenverträge, welche die Träger der OGS zu Arbeitsverträgen mit tarifgebundener, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung des Betreuungspersonals verpflichten.

**DIE LINKE** fordert: Der Sanierungsstau an den Schulen ist zügig abzuarbeiten.

### **Berufsausbildung**

**DIE LINKE** fordert ein offensives Ausbildungsförderprogramm für Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss.

**DIE LINKE** fordert eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Unternehmen, die nicht oder zu wenig (weniger als zehn Prozent Azubis unter den Beschäftigten) ausbilden, um damit ein öffentliches Ausbildungsprogramm zu finanzieren.

**DIE LINKE** fordert den Ausbau der Vielfaltigkeit der Ausbildungen an Berufskollegs.

## **8. Gesundheit**

### **Für eine gesunde und soziale Stadt**

Das Gesundheitswesen ist eine originäre Aufgabe der öffentlichen Hand und darf nicht länger ökonomischen Interessen unterworfen werden.

**DIE LINKE** kämpft für die flächendeckende und bedarfsorientierte pflegerische, medizinische und therapeutische Versorgung:

- menschlich und auf qualitativ hohem Niveau
- ambulant und stationär
- für Jung und Alt
- kultursensibel und barrierefrei

Markt und Wettbewerb sind keine geeigneten Steuerungsinstrumente für das Gesundheitswesen. Das Gesundheitswesen muss der flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung dienen und mit seinen Leistungen allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation zur Verfügung stehen. **DIE LINKE** setzt sich dafür ein, dass Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleichermaßen gut, bezahlbar und erreichbar sind. Daher wollen wir die Privatisierung und Kommerzialisierung der letzten Jahre wieder umkehren.

Zum Gesundheitswesen in Dortmund gehören unter anderem die elf Krankenhäuser. Außerdem zählen rund 1.000 niedergelassene Fach- und Hausärzte, mehrere öffentliche und private Rettungsdienste, hunderte Pflege- und Betreuungseinrichtungen und Dienste dazu. Insgesamt sind in allen Bereichen rund 40.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Demnach ist dieser Sektor mit einem Anteil von fast 20 Prozent der größte Arbeitgeber der Region. Allerdings fehlten allein in NRW im vergangenen Jahr rund 14.000 Kräfte in der Pflege und Betreuung älterer Menschen. Angesichts des Abbaus an Pflegestellen in der Vergangenheit besteht aktuell auch ein Pflegenotstand in Dortmunder Krankenhäusern. So wurde im Jahr 2018 von Dortmunder Krankenhäusern darauf hingewiesen, dass gerade in der Intensivmedizin die personelle Ausstattung in der Pflege teilweise nicht mehr im gesetzlich geforderten Umfang einzuhalten sei. Mehr Personal, insbesondere in der Pflege, ist dringend erforderlich.

**DIE LINKE** fordert zum einen von allen Kliniken sowie den Pflege- und Betreuungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft in Dortmund eine Qualifizierungsoffensive zur Ausbildung von Pflegekräften, zum anderen eine deutliche Verbesserung der Arbeitssituation. Hierzu hält **DIE LINKE** es für erforderlich, den Arbeitsschutz durch regelmäßige Gefährdungsanalysen und darauf bezogene Maßnahmen zu verbessern. Nur so lässt sich der aktuelle Pflegenotstand nachhaltig bekämpfen.

### **Humane statt fabrikmäßige Krankenhausversorgung**

Das Dortmunder Klinikum ist das zweitgrößte kommunale Krankenhaus der Bundesrepublik, das größte kommunale Krankenhaus in NRW und ein so genannter Maximalversorger. Auch wenn das Klinikum in den vergangenen Jahren Haushaltsüberschüsse produzieren konnte, sind die Schulden mit ca. 30 Millionen Euro noch sehr hoch. **DIE LINKE** ist in hohem Maße darüber besorgt, dass der Neubau der in die Jahre gekommenen Kinderklinik das Schuldenmaß ins Unerträgliche steigert. **DIE LINKE** wird alles dafür tun, dass der Rat der Stadt Dortmund seine Möglichkeiten gegenüber dem Land nutzt, damit die erforderlichen Investitionen in vollem Umfang übernommen werden.

Gegenwärtig beabsichtigt die Landesregierung, die Anzahl der 350 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen deutlich zu reduzieren. Erreicht werden soll dies durch Zusammenlegung, Spezialisierung und Kooperation. Betroffen werden davon vor allem Städte mit einer hohen Krankenhausdichte sein. Dazu zählt insbesondere Dortmund.



Um den von der Landesregierung gewollten Bettenabbau im Krankenhausplan 2022 nicht allein den Trägern und den Krankenkassen zu überlassen, hält **DIE LINKE** es für zwingend, diesen Prozess demokratisch, das heißt beteiligungsorientiert, zu gestalten. **DIE LINKE** schlägt die Schaffung einer Krankenhauskonferenz vor, an der alle betroffenen Gruppierungen teilnehmen, einschließlich der im Gesundheitswesen vertretenen Gewerkschaften. Dort sollen die Versorgungsziele festgelegt werden, und in welcher Form die bestehenden Einrichtungen zu ihrer Umsetzung beitragen können. Eine Reduzierung der Kosten darf dabei nicht das leitende Ziel sein.

### **Pflege und Betreuung**

Davon ausgehend, dass in wenigen Jahren 25 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland altersbedingte Pflege und Unterstützung im Alltag benötigen werden, stehen auch die Kommunen vor sehr großen Herausforderungen, die schon jetzt angegangen werden müssen. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.

Ob in der Stadt oder auf dem Land, ob ambulant oder stationär: Alle Angebote sind so auszugestalten, dass der pflege- und/oder unterstützungsbedürftige Mensch wohnortnah verbleiben kann und nicht aus seinem sozialen Umfeld gerissen wird. Die Zentralisierung stationärer Pflegeeinrichtungen lehnt **DIE LINKE** ab.

In der stationären Altenpflege ist davon auszugehen, dass sich der Bedarf an qualifizierter Pflege deutlich erhöhen wird. Auch die neue Klassifizierung von Pflegebedarfsanforderungen nach fünf Pflegegraden, wodurch es jetzt möglich wird, demenziell Erkrankte in der Personalplanung zu berücksichtigen, trägt dazu bei.

#### **Forderungen:**

- Die bisherigen Zusatzkräfte für den Bedarf der demenziell erkrankten Bewohner\*innen sind in vollem Umfang in die neue Personalbedarfsplanung einzubeziehen.
- Stationäre Pflegeeinrichtungen, für Jung und Alt, müssen wohnortnah, an den ÖPNV angebunden und gut erreichbar sein.
- Ausbau der am Bedarf orientierten, ambulanten und stationären Palliativversorgung,
- Entwicklung kultursensibler Pflegekonzepte,
- Rekommunalisierung bei Trägerwechsel eines Alten- und Pflegeheimes,
- Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten,
- Aufbau von kommunalen Pflegediensten.

### **Kurzzeitpflegeeinrichtungen**

Ist die Pflege zu Hause für einen bestimmten Zeitraum nicht gewährleistet, bietet die professionelle Kurzzeitpflege den pflegebedürftigen Menschen die Möglichkeit, stationäre Pflege in Anspruch zu nehmen. Oft übernehmen Angehörige – bis über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus – die pflegerische Versorgung. Erkrankten die

Pflegenden oder bedürfen sie einer Entlastung, so benötigt der pflegebedürftige Mensch einen Platz in der Kurzzeitpflege (und zwar wohnortnah und unmittelbar, was sich in der Praxis als enorm schwierig erweist). Ambulant vor stationär erfordert auch weitergehende Strukturen als nur die punktuelle Versorgung durch ambulante Pflegedienste.

**Forderungen:**

- Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze,
- Errichtung von Kurzzeitpflegestationen,
- Systematisierung des Überleitungsmanagements bei ambulanter Versorgung,
- Gewährleistung von kultursensibler Kurzzeitpflege.

**Tagespflege**

Tagespflege ist für die Menschen geeignet, die zwar keine durchgehende stationäre Pflege benötigen, bei denen jedoch eine kontinuierliche Unterstützung in der Grundpflege erforderlich ist. Gute Tagespflege unterstützt individuell den Tagesablauf, schafft Sozialkontakte, bietet anregende Freizeitgestaltung und wirkt Vereinsamungstendenzen entgegen. **DIE LINKE** unterstützt Tagespflege, die auf Mehrgenerationen-Konzepten basiert.

**Forderungen:**

- bedarfsorientierte und wohnortnahe Tagespflegeeinrichtungen für Jung und Alt – insbesondere in den Außenbezirken Eving, Lütgendortmund und Huckarde, die bisher unterversorgt sind,
- aufsuchende Beratung,
- kommunale Freizeitangebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf.

**Häusliche Pflege in öffentliche Hand**

Die ambulante oder häusliche Krankenpflege ist ein – oft privat geführtes, profitorientiertes – Instrument der pflegerischen und krankenpflegerischen Versorgung im Wohnumfeld der pflegebedürftigen Menschen.

**Forderungen:**

- Aufnahme ambulanter Angebote in die verbindliche Pflegeplanung der Kommunen und Kreise,
- ambulante Alten- und Krankenpflege in öffentliche Hand.

**Generell gilt:**

Soweit die Kommune Gemeinwohlaufgaben durch freie Träger erfüllen lässt, setzen sich **LINKE** kommunale Mandatsträger\*innen dafür ein, dass diese Aufgaben nur dann dauerhaft vergeben werden, wenn die freien Träger die gleichen arbeitsrechtlichen Standards wie bei kommunal Beschäftigten garantieren. Das bezieht sich auch auf die betriebliche Mitbestimmung, also die tariflichen Standards. Die Forderung gilt

auch für religiöse Tendenzbetriebe. Werden freie Träger diesen Anforderungen nicht gerecht, sollen diese Aufgaben kommunale Träger übernehmen.

### **Gesundheitsförderung als kommunale Aufgabe – für eine gesunde und soziale Stadt**

Eine wirkungsvolle und nachhaltige Gesundheitsförderung muss möglichst nah bei den Menschen sein, die sie benötigen. Kommunale Lebenswelten und vernetztes Handeln können die Prävention in Stadtteilen und Quartieren für unterschiedliche Zielgruppen vorantreiben und sicherstellen. Prävention als kommunale Querschnittsaufgabe zu begreifen, ist der Weg, um die Gesundheitsversorgung von der Reaktion zur Aktion zu bringen und für Sozialräume mit hoher Lebensqualität zu sorgen.

## **9. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit**

### **Gleichberechtigung funktioniert noch nicht**

Trotz der formalen Gleichstellung der Geschlechter sind Frauen\* immer noch vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Immer noch verdienen sie deutlich weniger als Männer und leisten dafür mehr unbezahlte Care-Aufgaben. Frauen wird weniger zugehört, sie stoßen immer noch an „gläserne Decken“ und sind daher in Führungsetagen unterrepräsentiert. Strukturelle Benachteiligungen sind überall Realität. Die Aufgabe der Politik muss es sein, diesen Diskriminierungen entgegenzuwirken und es allen Menschen zu ermöglichen, sich frei zu entfalten.

Politik vor Ort muss Angebote für unterschiedliche Lebensformen entwickeln. Das schließt Lebensweisen von LGBTIQ\* (lesbisch, schwul, bi, trans, inter, queer) ein, aber auch heterosexuelle Lebensweisen jenseits der Ehe. Sexuelle oder geschlechtliche Identitäten dürfen nicht mehr normativ gewertet und unterschiedlich behandelt werden. Die Anerkennung des Pluralismus der Lebensformen muss zum gesellschaftlichen Leitbild eines demokratischen Gemeinwesens werden.

**DIE LINKE** tritt ein für den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Menschen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind. Die Prävention von familiärer Gewalt ist eine wichtige Aufgabe sozialer Einrichtungen.

**DIE LINKE** fordert Hilfsangebote für Frauen in sozialer Not, verbunden mit dem Kampf für Mindestsicherung und Mindesteinkommen. Außerdem braucht es mehr Hilfsangebote für Prostituierte.

**DIE LINKE** fordert die besondere Unterstützung von Alleinerziehenden. Durch den Betreuungsaufwand und die steuerliche Benachteiligung gegenüber Ehen sind Alleinerziehende besonders von Armut betroffen. Kommunalpolitik muss versuchen, dem entgegenzuwirken.

**DIE LINKE** fordert die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten. Soziale Projekte sollten immer den gesellschaftlichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern entgegenwirken.

**DIE LINKE** will ein Verbot von sexistischer oder stereotypenfördernder Werbung auf städtischen Flächen. Die Bilder, die wir Tag täglich sehen, beeinflussen uns, und der öffentliche Raum, den wir alle nutzen müssen, darf keinen Raum bieten für Diskriminierung.

**DIE LINKE** fordert die Möglichkeit von Kinderbetreuung bei allen Sitzungen von Stadt- und Bezirksvertretungen sowie den Ausschüssen. Denn auch in der Dortmunder Kommunalpolitik kann von Gleichberechtigung keine Rede sein. Bisher ist keiner der Bezirksbürgermeister eine Frau, der Frauenanteil in den Bezirksvertretungen liegt bei 32 Prozent, und im Rat sieht es nicht viel besser aus. Die Dortmunder Politik sollte der Unterrepräsentation von Frauen entgegenwirken. Da diese immer noch hauptsächlich die Aufgabe der Kinderbetreuung übernehmen, kann dies gerade ihnen ermöglichen, sich zu beteiligen. Auch in der kommunalen Verwaltung sollten Frauen systematisch gefördert werden.

**DIE LINKE** stellt klar: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen oben und unten. **DIE LINKE** setzt sich für den gemeinsamen Kampf aller Geschlechter für Gleichstellung, Gerechtigkeit und gegen Sexismus ein. Männer sind aufgefordert, sich solidarisch an die Seite ihrer Kolleg\*innen zu stellen.

**DIE LINKE** setzt sich ein für die Einführung einer Mindest-50-Prozent-Frauen\*-Quote für Führungspositionen in der Verwaltung und in den städtischen Unternehmen.

## 10. Antifaschismus

### Nein zu Faschismus, Rassismus, Rechtspopulismus

**DIE LINKE** will offene, bunte und vielfältige Kommunen. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine lebenswerte Kommune setzt Respekt voraus – Respekt vor un-

terschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Meinungen. Faschistische und rechtspopulistische Organisationen wollen das Gegenteil und setzen auf Ausgrenzung.

Rechte Hetze versucht, für Armut und soziale Verwerfungen Geflüchtete, Migrant\*innen und Minderheiten als Sündenböcke verantwortlich zu machen. Armut und prekäres Leben sind in Dortmund weit verbreitet. Diese gilt es zugunsten sozialer Gerechtigkeit zu bekämpfen. Auch damit wird faschistischen und rassistischen Argumentationen der Boden entzogen.

Die rechte Szene hat sich in den vergangenen Jahren in ganz NRW verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014 waren noch die NPD und die Pro-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Gleichzeitig trat aber in einzelnen Städten die neu gegründete Partei „Die Rechte“ an, ebenso war erstmals die AfD vertreten. Die Rechtsextremist\*innen konnten vereinzelte kommunale Mandate erringen, die AfD zog in viele kommunale Parlamente zum Teil in Fraktionsstärke ein. In den vergangenen Jahren fand eine gesellschaftliche Polarisierung statt. Während rassistische Äußerungen in der Öffentlichkeit häufiger zu hören sind und sich viele Menschen rechtspopulistischen, nationalistischen und rechten Parteien zuwenden, gehen andererseits immer mehr Menschen gegen Rechts und für soziale Verbesserungen auf die Straße.

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Neofaschist\*innen und Rechtspopulist\*innen sind nach wie vor in kommunalen Vertretungen, auch in Dortmund, präsent. Es ist eine unerträgliche Belastung, dass sie durch diese Mandate ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten.

Neofaschismus hat in Dortmund eine lange Tradition: in den 80er-Jahren die „Borussenfront“, in den 90er-Jahren die militanten Nazi-Skinhead-Kameradschaften, und bis 2012 die so genannten Autonomen Nationalisten. Nachdem ihre Organisation vom Landesinnenminister verboten wurde, machen sie unter dem Deckmantel des Parteienprivilegs unter dem Namen „Die Rechte“ einfach weiter.

**DIE LINKE** begrüßt das Verbot der rechtsextremen Kameradschaften. Diese versuchen, gestützt durch eine defensive Rechtsprechung und durch fehlende Strafabwehrung, öffentlichen Raum zu erobern. Regelmäßig marschieren sie in Dortmund und verbreiten ihre faschistische, antisemitische und menschenverachtende Propaganda, hetzen gegen unsere Nachbar\*innen, Kolleg\*Innen aus Osteuropa, Migrant\*innen und Geflüchtete. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe der Neonazis.

**DIE LINKE** fordert: Gerichte, Polizei und Verwaltung müssen alle rechtlichen Mittel nutzen, um neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden, und dabei auf Innovation und Kreativität setzen.

**DIE LINKE** lehnt dabei klar die Extremismus-Theorie ab, die Antifaschist\*innen und Linke unter dem Kampfbegriff „Linksextremismus“ auf eine Stufe mit Nazis und Rassist\*innen stellt und somit antifaschistisches Engagement kriminalisiert.

**DIE LINKE** begrüßt die Einsetzung einer Sonderkommission gegen Rechts durch die Dortmunder Polizei. **DIE LINKE** erwartet, dass der daraus entstehende Kontrolldruck auf die Naziszene beibehalten oder zum Schutz der Dortmunder Bevölkerung vor Übergriffen sogar ausgedehnt wird.

**DIE LINKE** sagt: Die Neonazis bieten keine soziale Alternative! Im Gegenteil: Sie versuchen, den gemeinsamen Widerstand von Menschen verschiedener Herkunft gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung durch ihre rassistische Spaltung zu verhindern. Der Angriff von Nazis am Wahlabend 2014 auf das Rathaus zeigt, dass sie auf Gewalt setzen. Nazis der Partei „Die Rechte“ vertreten in ihrem Programm einen klaren nationalsozialistischen Kurs.

**DIE LINKE** tritt dafür ein, den Widerstand gegen Rassismus und Neonazis mit Forderungen nach sozialen Verbesserungen zu verbinden, denn nur so kann den Faschist\*innen der Nährboden entzogen werden. Da wir uns im Kampf gegen Nazis nicht auf den Staat verlassen können (das zeigen nicht zuletzt der NSU-Skandal und der wiederholte Einsatz von Polizeigewalt gegen Antifaschist\*innen), unterstützen wir das Konzept, mit Gegenkundgebungen und friedlichen, aber entschlossenen Blockaden – Seite an Seite mit Jugendlichen, Arbeiter\*innen, Erwerbslosen, Rentner\*innen, LGBTIQ-Aktivist\*innen unterschiedlicher Herkunft – die Aufmärsche der Nazis zu stören und möglichst zu verhindern.

Seit 2001 wurden in Dortmund fünf Menschen von Nazis ermordet. Eine Verbindung zwischen der Dortmunder Nazi-Szene und der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist wahrscheinlich. Der NSU hat in Deutschland zahlreiche Menschen kaltblütig hingerichtet – mit Mehmet Kubaşık auch einen Dortmunder Mitbürger.

**DIE LINKE** wird ihre Funktion in kommunalen Gremien nutzen, um Polizeigewalt gegen Antifaschist\*innen, staatliche Unterstützung für Rassist\*innen und Neonazis und rassistische Politik (zum Beispiel gegen Asylbewerber\*innen) öffentlich bekannt zu machen und nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern vor allem auch auf der Straße, in Betrieben und Schulen den Widerstand dagegen zu unterstützen.

Die Dortmunder Steinwache als ehemaliges Hauptquartier der NS-Sonderpolizei Gestapo ist heute eine Gedenkstätte für die Verbrechen der Nazi-Terrorherrschaft in Dortmund. **DIE LINKE** begrüßt die räumliche Erweiterung der Gedenkstätte, um die Aufgaben besser wahrnehmen zu können. Neben der Bittermark, dem Rombergpark und dem Ausländerfriedhof ist die Steinwache der zentrale Ort dafür, die Erinnerung an die Schrecken wachzuhalten, die mit der nationalsozialistischen Ideologie verbunden sind.

**DIE LINKE** möchte die bereits verlegten Stolpersteine erhalten und das Andenken an die Opfer der Nazis ganz konkret im Straßenraum bewahren. Auch weitere Stolpersteine sollten die Erinnerung lebendig halten und die Opfer anschaulich aus der Anonymität holen. Stolpersteine sind wie andere Gedenkkorte auch vor rechtsextremen Aufmärschen zu schützen.

**DIE LINKE** fordert die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von Steigbügelhalter\*innen des deutschen Faschismus oder von Rassist\*innen, Antisemit\*innen und Militarist\*innen tragen.

**DIE LINKE** forderte seit langem das Verbot der Terrorgruppe Combat 18 auch in Deutschland. Kanada hatte die deutsche Sektion „Combat 18“ der amerikanischen „Blood and Honour“-Terrorist\*innen bereits letztes Jahr auf die Anti-Terrorliste gesetzt. **DIE LINKE** begrüßt das nun auch in Deutschland erfolgte Verbot der Gruppe ausdrücklich.

**DIE LINKE** erkennt nicht, dass Rechtspopulismus bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft reicht. Das macht auch der Zuspruch für antieuropäische, nationalistische Parteien wie der AfD deutlich. Eine breit angelegte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist notwendig. **DIE LINKE** macht eine klare Unterscheidung zwischen den Wähler\*innen und den Mitgliedern der Partei.

**DIE LINKE** nimmt mit Unverständnis zur Kenntnis, dass die Bundesregierung die Mittel für die Aussteigerprogramme aus dem Rechtsextremismus drastisch gekürzt hat. **DIE LINKE** fordert, das Programm „Exit“ im Großraum Dortmund fortzuführen. Die Finanzierung ist über öffentliche Mittel sowohl des Landes als auch der Kommune sicherzustellen.

Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit den Bürger\*innen: auf Demos, in antifaschistischen gesellschaftlichen Bündnissen, in Jugend- und Kulturbündnissen. **DIE LINKE** setzt sich für den Dialog mit Migrant\*innen ein, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Den Faschist\*innen aus dem migrantischen Spektrum tritt **DIE LINKE** gleichermaßen entschieden entgegen. Auch die kommunale Verwaltung soll sich an diesen Richtlinien orientieren. Ordnungs-, Jugend- oder Gesundheitsamt und die gesamte kommunale Verwaltung haben eine politische Verantwortung und sollen daran arbeiten, eine lebenswerte Kommune für alle Menschen jenseits ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise zu schaffen.

**DIE LINKE** setzt sich dafür ein, dass die Mitarbeiter\*innen der öffentlichen Verwaltung für eine vorurteilsfreie und antirassistische Umgangsweise mit allen Einwohner\*innen sensibilisiert werden.

**DIE LINKE** will die Förderung von interkulturellen Begegnungsstätten, Jugendeinrichtungen und Sportvereinen.



**DIE LINKE** möchte den vom Rat mit breiter Mehrheit beschlossenen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus umgesetzt wissen. Bei der Bekämpfung der Antidemokraten darf es keine Haushaltskürzungen geben.

**DIE LINKE** fordert: Die „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ bei der Stadt Dortmund soll auskömmlich finanziert werden. Eine geeignete Aufklärung über rechtsextreme Gruppen und Labels kann auch dazu beitragen, dass nicht aus Unkenntnis Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und Mietverträge abgeschlossen werden.

**DIE LINKE** hält die Opferberatungsstelle „Backup“ für unverzichtbar. Angesichts einer immer größeren Aufgabenvielfalt in der Beratung von Opfern rechter Gewalt oder Bedrohungen ist die Beratungsstelle mit zusätzlichen Stellen auszustatten.

**Nie wieder Faschismus!**

## 11. Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität

### Für ein Leben ohne Diskriminierung

**DIE LINKE** sagt: Deutschland ist ein Einwanderungsland. In Dortmund leben Menschen aus 170 verschiedenen Staaten.

Migrant\*innen sind besonders von Sozialabbau und Benachteiligungen betroffen: Auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen, bei den Bürgerrechten und den Bildungschancen, im kulturellen Leben und im Wohngebiet. Diese Probleme werden vor Ort, auf der kommunalen Ebene, sichtbar und konzentrieren sich hier. In Dortmund haben fast 35 Prozent der Menschen Migrationshintergrund, bei Kindern unter sechs Jahren sind es sogar weitaus mehr.

Zu den „klassischen“ Migrant\*innen haben sich seit der EU-Osterweiterung Zuwanderer\*innen und Geflüchtete aus Kriegs- und Krisenregionen gesellt. Zum überwiegenden Teil haben sie ihre derzeitige Heimat in den von Armut betroffenen Stadtteilen Dortmunds gefunden, wo derzeit eine überdurchschnittliche Konkurrenz z.B. um Wohnraum und Kinderbetreuungsplätze festzustellen ist.

Menschen mit Migrationshintergrund – neu eingetroffene noch mehr als schon länger hier lebende – haben häufig erschwerte Bedingungen, gleiche schulische und berufli-

che Erfolge und Karriereschritte zu realisieren wie ihre Mitbürger\*innen ohne Migrationshintergrund. Dortmund unternimmt anerkennenswerte Anstrengungen, die Auswirkungen ungleicher Startbedingungen zu mildern. Die faktische Segregation in migrantische und nicht-migrantische Stadtteile wirkt sich jedoch Integration hemmend aus; die zur Verfügung gestellten, gemessen an den Anforderungen unzureichenden finanziellen Mittel beschränken den Erfolg.

**DIE LINKE** setzt sich ein für ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumlichen Ghettos gezielt verhindert.

**DIE LINKE** unterstützt nachdrücklich ein zusätzliches Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen und die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund

**DIE LINKE** setzt sich ein für einen Ausbau des Angebots an Kita-Plätzen, insbesondere in den unterversorgten, von Migration geprägten Stadtteilen, vor allem der Nordstadt.

**DIE LINKE** unterstützt alle Maßnahmen im Hinblick auf eine interkulturelle Kompetenz an Schulen und in Kindergärten; sie setzt sich ein für eine frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern.

**DIE LINKE** tritt ein für ein Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Sie fordert die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-Bürger\*innen.

**DIE LINKE** will, dass der Integrationsrat in allen die Integration berührenden Fragen von Politik und Verwaltung gehört werden muss.

**DIE LINKE** tritt ein für eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen.

**DIE LINKE** fordert, dass bei Neueinstellungen in der Verwaltung entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

**DIE LINKE** verlangt: Die Seenotrettung muss unterstützt werden und darf nicht weiter konterkariert werden. Angesichts der großen Zahl von Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen und zum Teil tagelang auf Rettungsschiffen ausharren, muss Deutschland mehr Menschen in Not aufnehmen und eine Willkommenskultur unabhängig von wirtschaftlichen Interessen entwickeln. Asylsuchende und Geduldete sind auch in Dortmund in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Die oft Jahre dauernde Unsicherheit über ein Bleiberecht, die sich wandelnden aufenthaltsrechtlichen Veränderungen sowie ständig wechselnde Anforderungen machen eine Lebensplanung unmöglich.

**DIE LINKE** tritt für die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für Asylsuchende und Geduldete ein. Sie fordert einen großzügigen und weniger restriktiven Umgang mit Ermessungsleistungen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen.

**DIE LINKE** fordert für Asylsuchende und Geduldete einen besseren Zugang zu einer Gesundheitsversorgung.

**DIE LINKE** setzt sich für die Einrichtung von kommunalen Härtefallkommissionen ein, an die sich von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge und Migranten\*innen wenden können.

## 12. Frieden

### Für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander

**DIE LINKE** setzt sich für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander aller in unserer Stadt Lebenden ein. Ein friedliches urbanes Leben ist eine unverzichtbare Grundlage dafür, dass auch Frieden in den internationalen Beziehungen für erstrebenswert und erreichbar gehalten wird.

**DIE LINKE** fordert: *Internationale Beziehungen stiften und pflegen!*

Städtepartnerschaften sollen über protokollarische Gesten hinaus zu einem gelebten Austausch von Bevölkerungsgruppen werden. Insbesondere Schüleraustausche sollen ausgeweitet werden. Nutzen wir die Tatsache, dass Dortmund wie auch Riga, Tallin, Pskow, Weliki Nowgorod oder Kiew dem Bund der Hanse angehörte. Alle diese Kommunen brauchen für ihre Existenz und Weiterentwicklung Frieden.

**DIE LINKE** sagt: *Kein Werben fürs Sterben!*

Eine dem Frieden verpflichtete Kommunalpolitik lehnt die Unterstützung von Kriegsvorbereitungen und Kriegstreiberei ab: Werbung für die Bundeswehr darf seitens der Stadt nicht unterstützt werden. So soll insbesondere auf den Werbetafeln im Umfeld von Schulen die Bundeswehr nicht als Arbeitgeber und Karrieremöglichkeit beworben werden. Auf entsprechende Ausgestaltung der Konzessionsverträge muss geachtet werden.

Jugendliche müssen darauf hingewiesen werden, dass sie der Weitergabe ihrer Meldedaten widersprechen und sich damit gegen eine Werbung seitens der Bundeswehr verwahren können.

Werbeauftritte der Bundeswehr auf Jobmessen, soweit diese in kommunaler (Mit)Verantwortung stehen, und auf Stadtteilstesten oder städtischen Events dürfen nicht zugelassen werden.

**DIE LINKE** tritt ein: *Für eine friedliche Welt!*

Der Rat der Stadt hat dem ICAN-Städteappell zugestimmt und sich damit in vorbildlicher Weise für eine atomwaffenfreie Welt eingesetzt. Dieser Willensbekundung kann durch Verbreitung des Beschlusses und eine geeignete offensive friedenspolitische Öffentlichkeitsarbeit zusätzlicher Nachdruck verliehen werden. Gelegenheiten dazu sind unter anderem der Ostermarsch, der Gedenktag an den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima sowie die Gedenktage, die im Zusammenhang mit den verbrecherischen Weltkriegen stehen.

**DIE LINKE** fordert: *Zivil-militärische Zusammenarbeit nur für zivile Zwecke!*

Die Kommune achtet darauf, dass sich die Planungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ausschließlich auf defensive Einsätze wie zum Beispiel Naturkatastrophen beziehen.

**DIE LINKE** sagt: *Dortmunds Stadtgebiet ist tabu für militärische Nutzungen!*

An ihrer östlichen Grenze stellt die NATO seit Jahren in beunruhigender Weise ihre kriegerischen Fähigkeiten zur Schau. Die dafür nötigen Truppenbewegungen werden auch über nordrhein-westfälisches Gebiet geführt. Im Falle der Nutzung von Straßen oder Schienen, die über Dortmunder Gebiet führen, legt die Stadt keine über ihre Pflichten hinausreichende freiwillige oder unterstützende Kooperation an den Tag.

## 13. Kultur, Sport und Freizeit

### Kultur und Sport für alle!

Jede\*r braucht Kultur. Kultur dient der Verständigung von Menschen über Grundsätzliches. Kultur kann allein oder in Gesellschaft, aktiv oder aus der Position des Publikums praktiziert werden.

Dortmund ist eine Stadt mit deutlicher Trennung zwischen Arm und Wohlhabend. Diese schlägt sich auch in der kulturellen Teilhabe nieder. Es gibt eine Hochkultur, die hinsichtlich ihrer bildungsmäßigen und finanziellen Voraussetzungen nur einem Teil der Bevölkerung zugänglich ist. Dies gilt es zu ändern, wobei die Möglichkeiten dafür insbesondere in Bildungsgerechtigkeit und in arbeitsmarktpolitischen

Maßnahmen zu finden sind. Eine Erweiterung des Dortmund-Passes für einen breiteren Kulturzugang ist erforderlich.

### **Kultur im Hochpreissegment**

Die Dortmunder Kulturlandschaft zeichnet sich durch eine gut besuchte und qualitativ hochwertige Hochkultur aus. **DIE LINKE** unterstützt die notwendigen Investitionen, um den Status zu erhalten. Auch den Aufbau einer „Akademie für Theater und Digitalität“ in der Nordstadt unterstützt **DIE LINKE**. Eine ruinöse kulturelle Konkurrenz zwischen den Ruhrgebietsstädten oder das Wetteifern mit Metropolen lehnt **DIE LINKE** jedoch ab.

### **Freie Kulturszene**

Es gibt eine freie Kulturszene, deren Akteure aber vielfach eine prekäre Existenz führen. Auch in Zeiten schrumpfender Haushaltsmittel setzt sich **DIE LINKE** für deren Unterstützung ein. Unterstützung kann auch durch Überlassung geeigneter Ressourcen geleistet werden – zum Beispiel für die kostenfreie Nutzung von geeigneten städtischen Räumen für alle Kulturbereiche inklusive der Musik. Hierzu gehört auch der öffentliche Raum: Straßenmusik gehört zu einer lebendigen Großstadt, und unsinnige Vorstöße zu deren Regulierung lehnt **DIE LINKE** ab. Ziel sollte es eher sein, Bereiche zu definieren, in denen Straßenmusiker\*innen auch mit Verstärker unterhalten dürfen.

Wo immer möglich, soll die Quartierskultur gestärkt werden, da sie Teil eines wünschenswerten nachbarschaftlichen Zusammenlebens ist und insbesondere in den ärmeren Stadtteilen den dort lebenden Menschen kulturelle Teilhabe in gewissem Umfang ermöglicht.

### **Museen**

Den eingeschlagenen Weg, Sammlungsbestände sichtbar zu machen, hält **DIE LINKE** ebenso für unterstützenswert wie den Austausch der Bestände mit anderen Museen. Besonders am Herzen liegt der Partei **DIE LINKE** der Erhalt und die Weiterentwicklung der Einrichtungen der Industriekultur wie z.B. des Hoesch-Museums.

### **Bibliotheken**

**DIE LINKE** ist gegen die Möglichkeit einer Sonntagsöffnung von Bibliotheken, weil sie darin einen Angriff auf die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten sieht.

### **Sport- und Freizeitmöglichkeiten**

Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind notwendig für Erholung und Entspannung. Die Betätigung in Sport- und Freizeiteinrichtungen bewirkt neben der Erhaltung und Förderung der Gesundheit auch Gemeinschaft mit anderen. Sport hat zudem integrative Funktionen. Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration von Migrant\*innen in die Gesellschaft.

**DIE LINKE** wehrt sich gegen eine Privatisierung städtischer Sporteinrichtungen, insbesondere von Sporthallen und Schwimmbädern. Diese müssen Schulen und Vereinen in ausreichendem Umfang gebührenfrei zur Verfügung stehen. Privatisierte Schwimmbäder sind wieder in die Regie der Sport- und Freizeitbetriebe zu überführen.

**DIE LINKE** fordert ein kommunales Programm zum barrierefreien Umbau aller Sportanlagen.

**DIE LINKE** ist für freien Eintritt in Sport- und Freizeitanlagen für Kinder aus einkommensarmen Familien sowie für unbürokratisch bewilligte kostenlose Vereinsmitgliedschaften. Der Dortmund-Pass muss alle Freibäder beinhalten.

Das Hauptaugenmerk der Partei **DIE LINKE** gilt dem Breitensport, insbesondere dem Kinder- und Jugendsport. Die Stadt steht in der Verantwortung, die Infrastruktur in diesem Bereich zu erhalten und zu verbessern.

Hochleistungssport, insbesondere für Sportler\*innen mit Behinderung, mit seinen nationalen und internationalen Wettkämpfen hat auch seine Daseinsberechtigung. Entsprechende Sportstätten für Leistungssportler\*innen sowie die Talentförderung sind den **LINKEN** unterstützungswert.

## 14. Demokratie und Transparenz

### Mehr Informationen und Entscheidungsmöglichkeiten für die Einwohner\*innen

Das Wort *Kommune* stammt von dem lateinischen „*communis*“, was übersetzt „*gemeinschaftlich*“ bedeutet. Dort sollten ursprünglich die Bürger\*innen gemeinsam über die Zukunft der Gesellschaft entscheiden. Seit Jahren erleben wir allerdings eine Politik, die sich häufig gegen die Interessen und Bedürfnisse der einkommensarmen Menschen in dieser Stadt richtet.

**DIE LINKE** kämpft für das Recht aller Einwohner\*innen, selbstbestimmt zu leben und sowohl wirtschaftlich als auch politisch zu partizipieren. Dazu sind mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune und die volle Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen nötig.

**DIE LINKE** fordert, dass die Einwohner\*innen vor Ort in den politischen Diskurs integriert werden, damit sie selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Dafür brauchen die Menschen vollständige Informationen und bessere direkte Entscheidungsmöglichkeiten wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

**DIE LINKE** setzt sich auch für eine Verringerung der bürokratischen Hürden ein.

**DIE LINKE** wird bei zentralen Fragestellungen für die Zukunft Dortmunds Ratsbürgerentscheide einfordern.

**DIE LINKE** lehnt Verwaltungsstrukturreformen ab, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben oder zur Verlagerung von Lasten auf die Kommunen führen oder die ausschließlich darauf zielen, Personal abzubauen. **DIE LINKE** sagt deshalb ganz klar: Wir setzen uns für Verbesserungen für die Einwohner\*innen der Stadt ein. Diese Verbesserungen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Angestellten in der Verwaltung gehen, indem ihre Gesundheit durch Über- oder Fehlbelastung gefährdet wird. Ein sinnvolles Instrument ist hier die Belastungsanalyse, die das Arbeitsschutzgesetz fordert. Hier wird die Belastung objektiv festgestellt, und der Personalrat hat Mitbestimmung.

**DIE LINKE** fordert: Alle 12 Stadtbezirke Dortmunds müssen erhalten bleiben. Politik vor Ort und Bürgernähe sind unverzichtbar.

**DIE LINKE** wird weiterhin konkrete Vorschläge der Einwohner\*innen aufgreifen und versuchen, dafür Mehrheiten zu gewinnen.

**DIE LINKE** sagt klar: Wir arbeiten mit Bürgerinitiativen und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Dortmund zusammen und versuchen, ihnen eine parlamentarische Stimme zu geben.

**DIE LINKE** fordert mehr Rechte für die Kommunen gegenüber Bund und Land.

**DIE LINKE** tritt ein für eine Verbesserung der Bürger-Informationen und für Maßnahmen, die die Transparenz der politischen Entscheidungen erhöhen. Ein Beispiel wäre ein Livestreaming der Ratssitzungen.

**DIE LINKE** tritt ein für eine Beseitigung der Schattenhaushalte, wie zum Beispiel beim Sondervermögen.

**DIE LINKE** fordert eine systematische Weiterentwicklung der bisherigen Beteiligungsverfahren für den Haushalt der Kommune zu einem echten Bürgerhaushalt.

**DIE LINKE** sagt: Bei allen Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass betroffene Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.



## 15. Digitalisierung

### Chancen der Digitalisierung nutzen – Datensouveränität gewährleisten

Den Zugang zu digitaler Information betrachtet **DIE LINKE** als Grundrecht eines jeden Menschen. Es gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, den Zugang zum Internet für alle zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Bürger\*innen vor der weiteren Erhebung ihrer Daten durch Unternehmen geschützt werden. Jede\*r muss selber entscheiden können, welche Daten sie\*er zur Verfügung stellen will.

**DIE LINKE** fordert den Ausbau des öffentlichen WLAN als Freifunk. Eine leistungsfähige und zukunftsfähige Netzinfrastruktur muss überall zur Verfügung stehen.

**DIE LINKE** fordert, dass Digitalisierung und technischer Fortschritt der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Die effizientere Gestaltung von Arbeitsprozessen und steigende Produktivität muss für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich genutzt werden.

#### Smart City

Smart City ist angeblich ein Projekt, um Dortmund als digitalen Wirtschaftsstandort zu stärken. Was aber geschieht, ist der Ausverkauf des öffentlichen Raums und der Daten der Dortmunder\*innen. Initiiert wurde Smart City von der Industrie- und Handelskammer Dortmund. Das Vorhaben dient dazu, neue Anlage- und Verdienstmöglichkeiten für Unternehmen zu schaffen, wobei viele von ihnen nicht in Dortmund ansässig sind. Durch den großen Einfluss der Unternehmen, die sämtliche Expert\*innen-Teams stellen, können keine Entscheidungen im Sinne der Dortmunder Bürger\*innen getroffen werden.

**DIE LINKE** lehnt das neoliberale Konzept von Smart City ab. Wir wollen nicht, dass Konzerne Zugriff auf die Daten unserer Stadt und ihrer Bürger\*innen erhalten. Daten sind das Handelsgut des digitalen Zeitalters, und jede\*r muss den öffentlichen Raum nutzen können, ohne sie an ein privates Unternehmen zu geben.

**DIE LINKE** will keine Ausweitung der Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Videomaterial über öffentliche Plätze soll nicht in den Händen der Privatwirtschaft sein. Die automatisierte Auswertung des Materials ohne konkreten Grund darf nicht erfolgen. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, sondern verlagert sie höchstens.

## **Digitalisierung der Verwaltung**

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen hat Dortmund noch viel Nachholbedarf. Sie soll Arbeiten vereinfachen und Prozesse kostengünstiger organisieren. Dabei ist auf die Belange der Mitarbeiter\*innen Rücksicht zu nehmen.

**DIE LINKE** fordert die konsequente Einhaltung der Vereinbarung zwischen Personalrat und Verwaltungsspitze.

**DIE LINKE** erwartet umfassenden Datenschutz für die Bürger\*innen. Datensicherheit hat oberste Priorität. Wir lehnen eine Freigabe von Bürger\*innen-Daten an private Dritte ab.

**DIE LINKE** will eine Stärkung von E-Government: Die Behördengänge können mit Hilfe der Digitalisierung vereinfacht werden oder ganz entfallen. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien nicht von den Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen werden.

**DIE LINKE** fordert die Umstellung der Stadtverwaltung auf Open-Source-Programme. Open Source heißt, dass jede\*r den Quellcode des Computerprogramms einsehen, verändern und ihren\*seinen Bedürfnissen anpassen kann. Nur wer den Quellcode kennt, kann sagen, was ein Programm wirklich tut. Daher kann die Stadt nur so die Datensicherheit ihrer Einwohner\*innen garantieren. Sie spart Lizenzgebühren und macht sich herstellerunabhängig.

**DIE LINKE** will den Einsatz von offenen Schnittstellen. Nur wenn die Stadt zur Kommunikation untereinander, mit anderen Kommunen und mit ihren Bürger\*innen offene Standards verwendet, macht sie keine kostenlose Werbung für Unternehmen und ist herstellerunabhängig.

**DIE LINKE** will die Geodaten der Stadt öffentlich zugänglich machen. Langwierige Antragsstellungen werden so überflüssig. Bauvorhaben und Planungen können beschleunigt werden.

## **Digitale Kompetenzen stärken**

Um die digitalen Kompetenzen der Bürger\*innen Dortmunds zu erhöhen, braucht es mehr Bildungsangebote. Die Investitionen in die Ausstattung von Schulen müssen erhöht werden, sowohl in Technik als auch in die Einstellung von Informatiklehrer\*innen. Dabei muss die Unterstützung des Landes NRW eingefordert werden.

**DIE LINKE** fordert: In Schulen sollte ebenfalls Open-Source-Software verwendet werden. Durch den Unterricht mit zum Beispiel Microsoft- oder Apple-Produkten werden die Schüler\*innen an diese Unternehmen gebunden und können keine echten digitalen Kompetenzen erlangen. Schüler\*innen müssen über das Datengrabbing großer Konzerne aufgeklärt werden.

**DIE LINKE** will eine kontinuierliche Schulung der städtischen Mitarbeiter\*innen, um sie stets auf dem neuesten Stand der Technik zu halten.

## 16. Schlusswort

**Sozial auch nach der Wahl:**

**DIE LINKE hat ihre Versprechen gehalten**

Sechs Jahre hat die zu Ende gehende Wahlperiode im Dortmunder Rat und den Bezirksvertretungen wegen der erneuten Zusammenlegung der Wahlen von Oberbürgermeister und Stadtrat nun gedauert. Der Rat, seine Fachausschüsse und die Bezirksvertretungen haben in dieser Zeit einige tausend Entscheidungen getroffen, um Dortmund zu gestalten. An dieser Stelle möchten wir die **wichtigsten Erfolge** unserer Fraktion exemplarisch herausheben.

Um mehr Wirkungsmacht zu entfalten, ist **DIE LINKE** auf der Gremienebene ein Bündnis mit den PIRATEN eingegangen. Das hatte zwar politische Risiken – in der Praxis hat diese Zusammenarbeit aber über die gesamte Wahlperiode getragen. Die gemeinsame Fraktion **DIE LINKE & PIRATEN** umfasste acht der 94 Ratsmitglieder. Trotz dieser Minderheitenposition ist es der Fraktion immer wieder gelungen, demokratische Mehrheiten für ihre Ideen und Vorschläge zu organisieren und so Dortmund in einigen Bereichen zum Positiven zu verändern – oder weitere Verschlechterungen abzuwehren.

### **Erster Erfolg – DIE LINKE sagt: Hartz IV muss weg**

**DIE LINKE** ist nach wie vor die einzige Partei im Dortmunder Rat, die das Hartz-IV-System mit seinen Repressionen ablehnt. Daher haben wir versucht, im Rahmen dessen, was kommunal bei einer Bundesgesetzgebung überhaupt möglich ist, Erleichterungen für die betroffenen Menschen durchzusetzen. Ein Dorn im Auge waren uns die Zwangsumzüge von Hartz-IV-Bezieher\*innen sowie die Zwangsabschaltungen von Strom, Gas und Wasser bei einkommensschwachen Menschen. Bei beiden Problemen haben wir große Fortschritte erzielen können. So gelten aufgrund unserer Initiative Sozialwohnungen für Menschen im Leistungsbezug immer als angemessen – aus Sozialwohnungen werden keine Menschen mehr vertrieben. Auch wurde in Zusammenarbeit mit der Verwaltung ein neues System der Berechnung von Angemessenheitsgrenzen von Wohnraum für Hartz-IV-Bezieher\*innen entwickelt. Dieses ori-

entiert sich nicht mehr wie früher am Mietspiegel, sondern an den tatsächlichen Wohnungsangeboten, die viel höhere Mieten als im Mietspiegel aufweisen. Damit sind die Angemessenheitsgrenzen schlagartig erhöht worden. Außerdem werden diese Wohnungsangebote auf unseren Wunsch hin jedes Jahr neu überprüft und die Angemessenheitsgrenzen automatisch entsprechend der Mietenentwicklung nach oben angepasst. Die Zahl der Zwangsumzüge aufgrund nicht als angemessen geltenden Wohnraums ist somit deutlich gesunken. Die Menschen dürfen in ihren Wohnungen bleiben.

### **Zweiter Erfolg – Kampf gegen Wohnungsnot**

Die Wohnungsmarktbeobachtung der Stadt Dortmund ist vorbildlich. Daher konnten wir schon früh erkennen, dass Dortmund auf eine neue Wohnungsnot zusteuert. Unser Vorschlag, ein umfassendes Programm zur Wohnraumentwicklung aufzulegen, wurde zunächst von allen anderen Fraktionen zurückgewiesen. Aber bei einigen Teilmaßnahmen konnten wir uns durchsetzen. So werden bei jedem neuen Bebauungsplan in der Stadt 25 Prozent der Wohnungen für Sozialwohnungen vorgesehen. Und im Jahr 2019 wurde auch endlich unsere Forderung nach dem Bau von kommunalen Wohnungen aufgegriffen. Spät – aber immerhin.

### **Dritter Erfolg – bessere Jugendhilfe**

Unsere Strategie zur Umstrukturierung der wirtschaftlichen Jugendhilfe ist inzwischen in der gesamten Stadt umgesetzt worden. Nach dem Chaos, das die frühere grüne Kinder- und Jugenddezernentin hinterlassen hatte, war es wichtig, hier neue Wege zu gehen. Es wurden durch unser Modell im Jugendamt mehr Sozialarbeiter\*innen eingestellt und die Betreuungsdichte für die Familien erhöht. Damit wurden weniger Heimunterbringungen von Kindern nötig, und gleichzeitig wurde sogar noch Geld eingespart durch die Kündigung von überteuerten Verträgen mit privaten Trägern der Jugendhilfe. Die Mitarbeiter\*innen-Befragungen sind durchweg positiv.

### **Vierter Erfolg – mehr Ausbildungsplätze**

Nach den jahrelangen Kürzungsorgien im Personalkörper haben wir es geschafft, mit der Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze eine Trendwende in der städtischen Personalpolitik einzuleiten. Die Stadtverwaltung ist insgesamt überaltert. Um alle Dienstleistungen für die Menschen dauerhaft aufrecht zu erhalten, braucht es daher frisches Blut. Daher wurden auf unseren Antrag hin nach einigen Verhandlungsgängen die Ausbildungsplätze für den Verwaltungsdienst fast verdoppelt und die Azubis auch in den Dienst der Stadt übernommen. Unser kontinuierliches Nachbohren hat außerdem dazu geführt, dass im Personalamt nun eine eigene Abteilung für Arbeitsschutz eingerichtet wurde.

### **Fünfter Erfolg – Klage gegen den Flughafen**

Wie im Wahlkampf 2014 versprochen haben wir unser Möglichstes getan, um die Menschen in den Einflugschneisen des Dortmunder Flughafens zu beschützen. Der Versuch des Flughafens, Starts und Landungen bis in den Nachtflugbereich hinein zu erstreiten, ist gescheitert. Unsere Fraktion hatte einem betroffenen Kläger unsere Fachanwältin für Luftfahrtrecht zur Verfügung gestellt. Auch ein von unserer Fraktion in Auftrag gegebenes Fachgutachten zum Bedarf des Flughafens hat vor Gericht letztlich dazu geführt, eine bereits genehmigte Betriebszeitenverlängerung des Flughafens vom Oberverwaltungsgericht für rechtswidrig erklären zu lassen. Dies bleibt aber sicher nicht der letzte Versuch des Flughafens...

### **Sechster Erfolg – Direktvergabe Verkehrsdienstleistungen**

Bei der Vergabe haben wir dazu beigetragen, dass Busse und Bahnen in Dortmund weiterhin unter der Regie der Dortmunder Stadtwerke (DSW21) fahren dürfen. **DIE LINKE** war immer ein Garant dafür, dass trotz der umfangreichen Umstrukturierungen bei den Stadtwerken im Laufe dieses Prozesses (Einführung einer Stadtwerke-Holding) die Mitbestimmungsrechte der rund 2.000 Arbeitnehmer\*innen bei DSW21 gewahrt wurden. Eine europaweite Ausschreibung konnte vermieden werden und eine Direktvergabe an DSW21 erfolgen. Ein Rosinenpicken auf besonders lukrativen Bus- und Bahnlinien durch Privatunternehmen konnte verhindert werden. Damit bleibt die Qualität im Nahverkehr erhalten und kann weiter ausgebaut werden. Am Dortmunder Stadthaus soll nach erfolgreichem Antrag der **LINKEN** zudem eine neue moderne Verkehrsstation entstehen, die die verschiedenen Verkehrsträger (U-Bahn, S-Bahn, Fahrrad, Fußgänger, E-Mobile, etc.) miteinander vernetzt. Die Betriebszeiten der H-Bahn an der Dortmunder Uni konnte durch unser Mitwirken außerdem zur Freude der Studierenden um einen Samstagsbetrieb erweitert werden.

### **Siebter Erfolg – Zins und Zinseszins**

Privat-Öffentliche Partnerschaften (ÖPP) werden inzwischen sogar vom Bundesrechnungshof als unwirtschaftlich bezeichnet. Durch stetiges Vorrechnen der höheren Kosten ist es inzwischen Allgemeingut im Dortmunder Rat geworden, dass solche kreditähnlichen Geschäfte unterbleiben sollten. Außerdem hat unser Drängen auf Anpassung der Zinsstrategie dazu geführt, dass im großen Stil umgeschuldet wurde (und natürlich weil es vernünftig ist). Kurzfristige Kredite zu hohen Zinsen wurden in längerfristige Kredite umgewandelt, bei denen die derzeitigen Niedrigzinsen für längere Zeit festgeschrieben sind.

### **Achter Erfolg – kommunale Friedenspolitik**

**Keine Abschiebungen nach Afghanistan:** In Afghanistan herrscht seit Jahrzehnten Krieg ohne Aussicht auf ein Ende der Kämpfe. Wir halten es für unverantwortlich,

Menschen in Bürgerkriegsländer abzuschieben, und haben daher ein Abschiebemoratorium für Menschen aus Afghanistan durchgesetzt. In Dortmund wird niemand in den Krieg und damit möglicherweise direkt in den Tod abgeschoben.

**Beitritt von Dortmund zur Städteallianz gegen Atomwaffen:** Auf Antrag der **LINKEN** ist Dortmund der ICAN-Städteallianz beigetreten. Diese internationale kommunale Vereinigung will von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen ausüben, auf Atomwaffen zu verzichten. Deutschland wird aufgefordert, die im Rahmen der atomaren Teilhabe gelagerten Atombomben im Luftwaffenstützpunkt Büchel der Bundeswehr aufzugeben.

### **Neunter Erfolg – Klimapolitik**

Als Dauerbrenner wurde mit unseren Stimmen eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Beispielhaft sollen hier nur einige genannt werden. In einem Grundsatzbeschluss hat sich eine Rot-Rot-Grüne Mehrheit für eine Verkehrswende ausgesprochen und die „emissionsfreie Innenstadt“ mit einem Umbau des Wallrings beschlossen. Das Fernwärmenetz Dortmunds wird zum Nahwärmenetz mit dezentralen kleinen Kraftwerken umgebaut. Und die Forderungen von Fridays for future nach Ausrufung eines Klimanotstandes wurden von **DIE LINKE** in den Rat eingebracht und beschlossen – kleiner Wermutstropfen: Der Begriff „Klimanotstand“ wurde von der Ratsmehrheit zurückgewiesen. Durch unsere Initiative werden nun in den Vorlagen der Verwaltung sowohl die Auswirkungen auf das Klima und den Artenschutz als auch die sozialen Auswirkungen gesondert ausgewiesen.

### **Teilerfolg – Rekommunalisierung der DEW**

Ende 2014 wurde nach jahrelanger Vorarbeit der Gesellschaftsvertrag des Dortmunder Energie- und Wasserversorgers DEW21 verlängert. **DIE LINKE** ist immer für eine Übernahme der von RWE gehaltenen Anteile an der DEW21 eingetreten. Die Ratsmehrheit wollte aber Besitzstandswahrung für RWE. Am Ende des Prozesses konnten immerhin sieben Prozent der Anteile zurückgekauft werden. Wie wir inzwischen wissen, war dies ein sehr lukratives Geschäft, da sich nicht nur der Anteilserwerb über die Dividenden von DEW21 finanziert, sondern die Stadtwerke darüber hinaus Geld verdienen, das für den ÖPNV gebraucht wird. Ein Erfolgsmodell, das uns Recht gibt, uns auch weiterhin für eine vollständige Rekommunalisierung der DEW21 einzusetzen.

**DIE LINKE** wirkt – darum am 13. September 2020 **DIE LINKE** wählen für eine sozial-ökologische Wende in Dortmund und selber aktiv werden!

## Index

<b>A</b>			
Airbnb	19	Energiepreise	30
Alleinerziehende	18, 21, 42, 50	Energiewende	29
Alter	5, 12f.	Erbbaurecht	20
Altersdiskriminierung	13	Erbpacht	9
Altersrente	13	Erneuerbare Energien	29
Angemessenheitsgrenzen	21, 63f.		
Arbeitsgelegenheiten	12	<b>F</b>	
Arbeitslosigkeit	10ff., 37, 40, 43	FABIDO	42
Arbeitsplätze	11, 29, 36, 39ff.	Fachhochschule	24
Arbeitsschutz	46, 60, 64	Fahrverbote	25
Armut	5, 10ff., 37, 39, 43, 50f., 54f.	Faschismus	50, 53f.
Artenschutz	24, 66	Flächenfraß	23
Artenvielfalt	26, 28	Flughafen	7, 10, 26, 35f., 65
Atomenergie	31	Förderschulen	17, 44
Autoverkehr	32f., 36	Frauenhäuser	49
		Freiflächen	21, 23f., 43
		Freiräume	6, 22f.
<b>B</b>		Fußballmuseum	7
Barrierefreiheit	14ff.	Fußgänger*innen	33f., 36
Bäume	27		
Behindertenfahrdienst	16	<b>G</b>	
Behindertenvertretung	16	Ganztagsbetreuung	45
Behinderung	14, 16f., 59	Gemeindewohnungen	19f.
Berufsausbildung	38, 45	Gesamtschule	44
Beschäftigungspolitik	37	Gesundheitsversorgung	46, 49, 56
Bezahlbarer Wohnraum	18	Gesundheitswesen	5, 9, 18, 20, 42, 45ff., 49, 53, 56, 58, 60
Bildung	39, 41, 43, 54, 57, 62	Gewerbesteuer	7f.
Bundeswehr	44, 56f., 66	Gleichberechtigung	49f.
Bürgerbegehren	60	Groppenbruch	27
Bürgerentscheide	60	Grundsicherung	5
Bürgerhaushalt	9, 60		
Bürgerinitiativen	6, 60	<b>H</b>	
		Hafen	35
<b>C</b>		Hartz IV	5, 40, 63
Castor	31	HSP	24
Combat 18	53		
		<b>I</b>	
<b>D</b>		Industriebrachen	24
Dachbegrünung	27	Inklusion	14ff., 44
Daten	61f.	Integration	43, 55, 58
Datenschutz	62	Internationale Gartenausstellung	24, 27
Demokratie	6f., 54, 59		
DEW21	9f., 29f., 66	<b>K</b>	
Digitalisierung	61f.	Kita	9, 41f., 44, 55
DOGEWO	9, 20	Klima	22, 34, 36, 66
Drogenabhängigkeit	11	Klimadebatte	26
DSW21	16, 65	Klimaziele	22
		Klinikum	46
<b>E</b>		Kommunalabgabengesetz	9, 20
EDG	9	Kommunale Betriebe	9
Ein- / 1-Euro-Jobs	12, 37f.	Konnexitätsgebot	7
Elektromobilität	36f.		



Konzerthaus	7	RWE	10, 30f., 66
Kosten der Unterkunft	21		
<b>L</b>		<b>S</b>	
L663n (OWIIIa)	28, 35	Schule	7, 15f., 41, 43ff., 52, 55f., 59, 62
Landschaftsplan	22	Schulsystem	17, 43f.
Landschaftsschutzgebiet	24, 26, 29	Schwimmbäder	13, 43, 59
Langzeitarbeitslosigkeit	37, 39	Senior*innen	11, 13, 33
Lärm	22, 26, 33f.	Smart City	61
LEG	18f.	Soziale Benachteiligung	10
Leistungskürzungen	12	Sozialeinrichtungen	11
Luft	22, 25, 27, 33ff., 65f.	Sozialer Wohnungsbau	21, 24
<b>M</b>		Sozialgeld	12
Massentierhaltung	28	Sozialhilfe	12
Mastanlagen	26	Sozialismus	6
Menschenwürde	12, 37	Sozialleistungen	5, 18, 20f.
Mieter*innen	18f.	Sozialräume	5, 11, 49
Mieterhöhungen	19f.	Sozialticket	11, 32
Migrant*innen	11, 51, 53f., 58	Sozialwohnungen	18, 20f., 63f.
Migrationshintergrund	43f., 54f.	Sparkasse	9, 40
Mindestlohn	17, 39	Sportplätze	43
Mindestrente	13	Städtepartnerschaften	56
Mobilität	11, 16, 31f., 36	Steingärten	27
Motorisierter Individualverkehr	23, 26, 33, 36	Steinwache	52
<b>N</b>		<b>T</b>	
Naturschutzgebiete	27ff.	Tagesbetreuung	41f.
<b>O</b>		Teilhabe	13ff., 31, 37, 43, 57f., 66
Obdachlosigkeit	5, 11, 19, 21	Transferleistungen	12f., 37
Offene Ganztagsschule (OGS)	44f.	<b>U</b>	
Öffentlicher Dienst	40	Umwelt	13, 22, 25, 36
ÖPNV	15f., 25, 32f., 37, 44, 47, 66	Umweltpolitik	5
OWIIIa (L663n)	28, 35	Umweltzone	25, 34
<b>P</b>		<b>V</b>	
Park&Ride	25, 33, 37	Videoüberwachung	61
Parkanlagen	24	VONOVIA	18f.
Parkflächen	25, 36f.	<b>W</b>	
Pflege	13f., 46ff.	Wahlrecht	44, 55
Pflegebedürftigkeit	13	Wall	25, 34, 66
Pflegeversicherung	13	Wasserqualität	25
Privatisierung	8, 24, 40, 43, 46, 59f.	Wirtschaftsförderung	38f.
<b>R</b>		Wirtschaftspolitik	37ff.
Radfahrer*innen	33, 36	Wohnen	5, 9, 17f., 24
Radverkehr	25, 32	Wohnungsbau	19ff., 24
Rassismus	50, 52	Wohnungslosigkeit	11
Rechte Szene	51	Wohnungsmarkt	15, 18ff., 64
Rechtsextremismus	53f.	<b>Z</b>	
Regenerative Energieträger	30	Zwangsabschaltungen	30, 63
Rekommunalisierung	8, 30, 47, 66	Zwangsumzüge	21, 63f.

